

7/8/2013

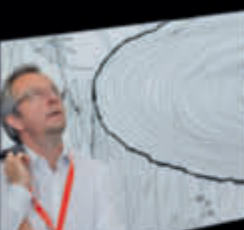
ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG
Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund

Städtetag 2013



WELS 5. JUNI BIS 7. JUNI 2013

Städtetag-Reportage

GENERALSEKRETÄR



Stadtregionen für die Zukunft stärken

Es ist schon Tradition, dass wir die Sommer-Ausgabe der ÖGZ dem Österr. Städtetag widmen, der heuer leider von einer schlimmen Hochwasserkatastrophe überschattet war. Trotz angespannter Lage kamen rund 850 TeilnehmerInnen, darunter BürgermeisterInnen, Stadt- und Gemeinderäte und internationale Gäste nach Wels. Der Städtetag stand im Zeichen der Finanzierung kommunaler Leistungen und widmete sich im Besonderen der Jugend in Städten. Städte und Gemeinden finanzieren neben ihren eigentlichen Aufgaben auch wesentlich die soziale Versorgung mit, etwa mittels Transferzahlungen für die Sozialhilfe oder einer Ko-Finanzierung von Spitälern. Zusätzlich sind Kommunen durch das Konsolidierungspaket der Bundesregierung belastet. Daher fordert der Österr. Städtebund: Eine Überarbeitung der Vorsteuer-Regelung für Städte und Gemeinden; ein Überdenken von umsatzsteuerpflichtigen Gemeindekooperationen, die Kooperationen verteuern; eine Modernisierung und verfassungsmäßige Absicherung der gemeindeeigenen Steuern. Wichtigster Schritt: Die Reform der Grundsteuer. Nur so werden wir auch in Zukunft die Stadtregionen des Landes stärken und damit die von uns so sehr geschätzte Lebensqualität aufrechterhalten können!



Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

- 2 *Generalsekretär Thomas Weninger*
Stadtregionen für die Zukunft stärken
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 3 *Bürgermeister Michael Häupl*
Städte brauchen eine Finanz-Reform
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 4 *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 12 Eröffnung des 63. Städtetages in Wels
Kommunale Verantwortung = soziale Verantwortung
- 16 Auftakt im Schatten der Hochwasserkatastrophe
Die Pressekonferenz der Bürgermeister Häupl, Koits und Linhart
- 18 Schulterchluss gegenüber Bund und Ländern
Die Resolution an den Österreichischen Städtetag
- 20 *Arbeitskreis 1*
Überregional: der Verkehr
Die Rolle der Städte bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs
- 22 *Arbeitskreis 2*
Kooperationen und Fusionen
Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben der Städte
- 24 *Arbeitskreis 3*
Jugendbeteiligung in Städten
Jugendliche in Entscheidungen der Gemeinden einbinden
- 26 *Arbeitskreis 4*
Qualifikation und Bildung
Schlüsselfaktoren der Zukunft
- 28 *Arbeitskreis 5*
Sicherheit und Lebensqualität in Städten
Sicherheit ist ein wichtiges Grundbedürfnis der Bevölkerung
- 30 *Podiumsdiskussion*
Eine verlorene Generation ist reale Gefahr
Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa
- 32 *Abschlussbericht des Städtetages*
Kommunale Leistungen sind keine Spekulationsware
Städte und Gemeinden sind leistungsstarke Dienstleister
- 34 *Der Städtetag in Bildern*
Der 63. Städtetag in Wels
Fotos von der Veranstaltung

INHALT

- 38 Kaiser-Maximilian-Preis 2013
Preisträger Karl-Heinz Lambertz
- 39 Auszeichnung für 19 Bodenschutzbeauftragte
Der Bodenschutz-Lehrgang 2013
- 40 *Peter Kovacs*
„Kommunales Facility Management“
6. Plattformtreffen in Leonding
- 41 „Youthpower 4 Wels“
Interessante Events für Jugendliche in den Sommerferien
- 42 *Dominik Klampferer*
Qualität und Transparenz in Bozen
Hohe Qualitätsstandards von Dienstleistungen sichern
- 44 *Reinhard Siebenhandl*
Verpackungsverordnung – endlich gelöst
Die Novelle der Verpackungsverordnung
- 45 *Peter Lüftenegger*
20 Jahre Netzwerk Gesunde Städte
„Settingorientierte Gesundheitsförderung“ in der Stadt Linz
- 46 *Elvira Christine Regenspurg*
Online-Wahlkartenanträge
Jetzt Erledigung mit Handy-Signatur und Bürgerkarte anbieten
- 48 *Felix Holzmannhofer*
Die Neuregelung der Gewerbeordnung
Eine Modernisierung der Selbstüberwachungspflicht
- 50 „Alle Höhen und Tiefen mitbekommen“
Dornbirn hat eine neue Bürgermeisterin: Andrea Kaufmann

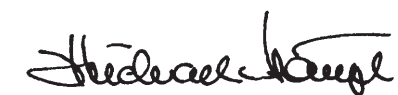
IMPRESSUM: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Ausgabe Nr. 7/8/2013 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Miletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Mag. Silvia Stefan-Gromen, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Redaktion: Mag. Roland Preiss, Grafik: Martin Hampejs, Lektorat: Mag. Bernhard Plos, Fotoredaktion: Markus Wache • Reproduktion: Repromedia Druckges. m. b. H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2013: 10 Ausgaben • Cover: Markus Wache, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42; Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Sascha Kovacs, s.kovacs@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)1/740 32-573 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung. Erratum: Am Cover der ÖGZ 6/2013 war nicht die Stadt Wels, sondern die Stadt Steyr abgebildet. Die korrigierte Version der Ausgabe finden Sie im Internet unter www.staedtebund.gv.at/oegz/gesamtausgaben.html.

PRÄSIDENT



Städte brauchen eine Finanz-Reform

Österreichs Stadtregionen sind Bevölkerungsmagneten und die Wirtschaftsmotoren unseres Landes. In den vergangenen Jahren haben sie u.a. durch Investitionen wesentlich dazu beigetragen, die schlimmsten Auswirkungen der Krise abzufedern. Von den intensiven Investitionen durch den Ausbau der städtischen Infrastruktur profitieren auch die umliegenden Gemeinden. Die Bevölkerung kann sich darauf verlassen, dass die kommunalen Dienstleistungen funktionieren – und zwar auf höchstem Niveau. Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Kindergärten, Schulen, soziale Dienste und Gesundheitseinrichtungen, Kultureinrichtungen, Sport und öffentlicher Nahverkehr. Dass die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den kommunalen Dienstleistungen sehr hoch ist, belegt die aktuelle Studie „Städtebarometer 2013“. Das reibungslose Funktionieren städtischer Infrastruktur kostet Geld. Geld, das die Städte zum größten Teil aufgrund des Finanzausgleichs erhalten. Der Finanzausgleich, der sich noch immer am Wohnsitz bemisst, wird den neuen Anforderungen längst nicht mehr gerecht. Es ist daher an der Zeit, den Finanzausgleich von Grund auf zu überdenken. Der Städtebund hat in seiner aktuellen Resolution, die am Städtetag in Wels einstimmig beschlossen wurde, klar Position bezogen.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

VERKEHRSAUSSCHUSS IM ZEICHEN DER VELOCITY WIEN



Im Rahmen der VeloCity 2013 tagte auch der Verkehrsausschuss des Österreichischen Städtebundes in Wien. Neben dem teuren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird das Fahrrad aufgrund seiner Umweltverträglichkeit und seines Nutzens für die Gesundheit eines der Verkehrsmittel, auf die viele Städte aufgrund des zunehmenden Verkehrsaufkommens vor allem in den Zentren vermehrt setzen.

Der im Dezember 2012 vom BMVIT vorgestellte Gesamtverkehrsplan ist ein erster wichtiger Schritt und ein strategisches Papier, an dem man sich beim weiteren Ausbau des österreichischen Verkehrssystems orientieren kann. Er widmet sich jedoch weitestgehend nur einem Verkehrsträger, nämlich der Bahn und hier vorwiegend den Bundesbahnen (ÖBB). Der Bund investiert viel Geld in die Verkehrsnetze und damit auch – wie der österreichische Verkehrsplaner Hermann Knoflacher aufzeigte – in die Wirtschaftsförderung, u.a. in die Bauwirtschaft. Mit dem angestrebten integrierten Taktfahrplan gibt der Bund den Takt vor – in den Ballungsräumen gilt es jedoch, den reibungslosen Ablauf von insgesamt 1,6 Milliarden Fahrten der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung zu sichern.

Am 63. Österreichischen Städtetag wurde in Wels eine aktuelle Studie über die finanzielle Belastung der Städte präsentiert. Allein in den letzten fünf Jahren haben sich hier die Kosten vervierfacht. Am „Vorabend des Finanzausgleichs“ muss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in den Ballungsräumen auch in Hinblick auf die Gewährleistung eines sozial gerechten und weiterhin leistbaren Verkehrs für die Bevölkerung gesichert werden, bekräftigte dort der Linzer Vizebürgermeister Klaus Luger, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Städtebundes.

Städte bauen Angebot für Langsamverkehr aus

Mit der VeloCity setzte Wien ein Zeichen für den Ausbau des Radverkehrs. Österreichs Städte holen international gesehen schnell auf, was den Radanteil am Verkehrsaufkommen betrifft. Um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, kämpft der Österreichische Städtebund für die notwendigen gesetzlichen Regelungen, wie zuletzt für die Einführung von Fahrradstraßen und Begegnungszonen. „Laut einer aktuellen Umfrage unter unseren Mitgliedern planen und bauen zahlreiche Städte bereits diese neu geschaffenen, auf den Langsam-Verkehr ausgerichteten Angebote aus, für die es mit der 25. Novelle der Straßenverkehrsordnung seit 1. April die Möglichkeit gibt“, berichtet Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. In dieser Novelle wird auch die zukünftige Ausweitung des BezieherInnenkreises eines Gehbehindertenausweises neu geregelt. Gemeinsam mit den zuständigen Abteilungsleitern des Sozialministeriums und des Bundessozialamtes diskutierten die StädtevertreterInnen eine möglichst reibungslose Einführung, der ab 1. Jänner 2014 auf Bundesebene angesiedelten Materie, für deren Kontrolle jedoch nach wie vor städtische Aufsichtsorgane zuständig sein werden.

Nicht zuletzt ist auch die Parkraumbewirtschaftung ein Thema des Verkehrsausschusses. „Der urbane öffentliche Raum wird immer knapper, während er ebenso stetig teurer wird, wie privater Grund und Boden in den Städten. Die Bewirtschaftung dieser Flächen ist daher sinnvoll und zudem ein Beitrag zur Finanzierung des Gesamtverkehrs in den Innenstädten und in den wachsenden Stadtregionen – zum Wohle aller“, betonte Thomas Weninger abschließend.

STÄDTEPLATTFORM SMART CITIES

„Stadtregionen sind die Motoren der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft. Sie setzen Kreativität und Innovation in Gang. So entstehen Strategien für nachhaltiges Wirtschaften und moderne Mobilität. Die Stadt Wien setzt seit 2011 auf die Smart-City-Initiative. Multimodale Mobilität ist dabei ein Kernthema, zumal gerade im Verkehr das größte Potenzial für eine Senkung des CO₂-Ausstoßes in städtischen Gebieten und Stadtregionen besteht“, so Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou bei der Eröffnung der Tagung „Städteplattform Smart Cities“ am 17. Juni, die dem Schwerpunktthema „Mobilität“ gewidmet war. In Österreich ist aktuell die fünffache Fläche Wiens alleine für den Verkehr verbaut, davon rund 80 Prozent nur für den Kfz-Verkehr. Die restliche Fläche teilen sich FußgängerInnen, RadfahrerInnen und der öffentliche Verkehr. Die Tatsache, dass immer mehr Menschen in die Ballungsräume zuwandern, eröffnet die Chance, eine „smarte“ Lösung für Verkehrsprobleme zu finden.

Je städtischer, desto weniger Autos

Eine hohe Autoabhängigkeit kann angesichts weiter steigender Ölpreise zur finanziellen Falle werden. In den Städten setzt man daher auch auf den Ausbau von Radwegen und forciert den FußgängerInnenverkehr. Durch die Veranstaltung der VeloCity 2013 – eines internationalen Kongresses von FahrradexpertInnen mit 1.400 TeilnehmerInnen – hat Wien in Hinblick auf den weiteren Ausbau seines Radwegenetzes wertvollen Input erhalten und sich als Fahrradstadt international etabliert. Der Planungsdirektor der Stadt Wien, Thomas Madreiter, erläuterte die Bedeutung des Themenfelds Mobilität für die Umsetzung des Smart-City-Ansatzes: „Smarte Mobilität beginnt im Kopf und ist nicht in

erster Linie eine Frage der Technologie. Es geht um die grundsätzliche Frage, wie wir unsere Zukunft verstehen. Es geht um eine fundamentale Systeminnovation, um völlig neue Ideen: Smart Cities sind Städte, die am Weg zur postfossilen Stadt sind“, so Madreiter.

Angelika Winkler stellte anschließend die Wiener Mobilitätsstrategie vor, die auch das Stadt-Umland mit in die Überlegungen einbezieht. Von Stephanie Novak, ÖIR, wurde eine Studie der Planungsgemeinschaft Ostregion (PGO) präsentiert, die sich ebenfalls dem Thema der „Smart City & Region“ widmete und anhand von BestPractice-Beispielen einige Beiträge für eine Vision „Smart City & Region Energy System + Mobility“ aufzeigte.

„Das Bewusstsein für neue Mobilitätsformen ist wichtig“, betonte auch Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes: „Der Verkehrsbe- reich ist einer der größten Hebel, wenn es um die Einsparung von CO₂ und Treibhausgasen geht“, so Weninger. „Ein wesentlicher Anteil des CO₂-Ausstoßes wird allein vom Verkehr verursacht. Gleichzeitig müssen wir in unserer heutigen Welt sehr mobil sein. Die Smart-City-Initiative verknüpft nachhaltige Stadtentwicklung mit der Innovationskraft neuer Technologien. Der nächste Schritt ist nunmehr ein politisches Commitment auf allen Ebenen“, forderte Weninger.



Thomas Madreiter, Planungsdirektor der Stadt Wien;
Thomas Weninger, Generalsekretär des Österr. Städtebundes;
Maria Vassilakou, Vizebürgermeisterin Wien (v.l.n.r.).

Neue Technologien in größeren Städten

Viele zukunftsorientierte Technologien werden zuerst in den größeren Städten implementiert, um ihre Alltagstauglichkeit und weitere Verwendung in anderen Städten und Regionen zu testen. Hierzu wurde den Anwesenden das Projekt „SMILE - Mobilitätsplattform der Zukunft“ sowie die Weiterentwicklung der intermodalen Verkehrsauskunft „IST Vienna Region“ zur österreichweiten Informationsplattform von ExpertInnen präsentiert.

Dazu Ilse Stockinger, Wiener Stadtwerke: „Der öffentliche Verkehr muss so einfach nutzbar werden, wie es das Auto schon ist. Multimodalität braucht durchgängige Systeme für Information, Buchung und Bezahlung für die Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel.“ Zu den weiteren Erfahrungsberichten aus den Städten zählt auch das Projekt EMIL aus Salzburg, das aufzeigte, dass Elektromobilität aufgrund der begrenzten Reichweite und der Reduktion von Feinstaubbelastung und Lärmemission bestens für Städte und hier insbesondere für CarSharing geeignet ist. Wichtig ist dabei die Verknüpfung mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Im Rahmen der Städteplattform „Smart Cities“ waren auch Bund und Länder dazu aufgefordert, mit den Städten Strategien einer smarten Verkehrsentwicklung zu diskutieren. Franz Schwammenhöfer, BMVIT, ging dabei auch auf die soziale Komponente der Mobilität ein: „Nachhaltige Mobilität muss sicherstellen, dass ein sich änderndes Mobilitätsbedürfnis der Gesellschaft mit geringerem Ressourcenverbrauch und reduzierten Treibhausgasemissionen befriedigt werden kann – und das zu bezahlbaren Preisen.“ Die Smart-City-Initiative zeigt Lösungen für intelligente und zukunftsfähige Entwicklungen auf. Deren Finanzierung ist auch Thema der aktuellen Verhandlungen rund um die EU-Strukturfondsförderungen.



St. Pölten baut auf das A1 Handyparken. Im Bild: Stadtrat Robert Laimer, Mag. Gerhard Oberauer (Leitung m-Commerce Sales bei A1), Bürgermeister Mag. Matthias Stadler und Stadtrat Mag. Ewald Buschenreiter (v.l.n.r.).

HANDYPARKEN WIRD IN ST. PÖLTEN IMMER BELIEBTER

Das Angebot des Handyparkens gibt es in St. Pölten bereits seit dem Jahr 2004 und wird seither immer besser angenommen. So wurden im Vorjahr bereits rund 70.000 Parktickets für die rund 1.500 gebührenpflichtigen Stellplätze via Handy gelöst.

A1 Handyparken ist das erfolgreichste mobile Parksystem Österreichs und wird seit 2003 in nun insgesamt fünfzehn Städten angeboten. Fast 800.000 registrierte NutzerInnen in ganz Österreich lösen über zwei Millionen Parkscheine im Monat. Es ist zu erwarten, dass die Tendenz zum Handyparken auch in St. Pölten weiter steigen wird, nicht zuletzt da die händisch auszufüllenden Parkscheine in diesem Jahr aus dem Verkehr genommen werden.

Handyparken – Sicher und bequem
Handyparken ist der einfache, sichere und bequeme Weg zum Parkticket. Um Handyparker zu werden, muss man sich einmalig online oder per SMS mit der Handynummer und dem Kennzeichen registrieren. Hat man sich registriert und St. Pölten als bevorzugte Stadt eingestellt, dann muss man nur eine SMS mit der gewünschten Parkdauer in Minuten (z.B. 30, 60 oder 90) an 0828 20 200 absen-

den. Die Überwachungsorgane erkennen dann aufgrund der Kfz-Nummer und eines mobilen Computers, ob der Parkschein gelöst wurde. Private Vertragskunden von A1, T-Mobile, tele.ring und Orange zahlen Parkscheine einfach über die Handyrechnung. Die Verrechnung über die Handyrechnung erfolgt dabei über paybox kostenfrei und ohne Anmeldung. Kunden anderer Netze, Wertkartentelefonierer sowie Business Kunden können Parkscheine direkt über paybox und Bankeinzug bezahlen. Das System arbeitet sehr zuverlässig. Es ist jedoch wichtig, dass das paybox-Limit nicht überschritten wird.

Noch einfacher mit der HANDY Parken App

Noch schneller und einfacher parkt man mit der HANDY Parken App. Nach iPhone, BlackBerry und Android-Smartphones ist die App auch für Windows Phone-BesitzerInnen verfügbar. Die HANDY Parken App steht für KundInnen aller österreichischen Mobilfunkbetreiber kostenlos zum Download in den jeweiligen App-Stores zur Verfügung. Für die Datenübertragung beim Download oder bei Versand der SMS an die Handyparken-Nummer können je nach Tarif Kosten anfallen.

Handyparken mit Business Paybox
Mit Handyparken ist es für Unternehmen und Gewerbetreibende noch einfacher, die

Parkgebühren ihrer MitarbeiterInnen bei Dienstfahrten zu bezahlen. Durch die direkte Abrechnung über die Firmenbuchhaltung entfallen nicht nur die zeitraubenden Prozesse der Spesenabrechnung für MitarbeiterInnen und Lohnverrechnung, sondern sie bietet auch mehr Transparenz. Jede einzelne „Business Paybox Park“-Transaktion lässt sich einfach nachvollziehen und damit kann Missbrauch von vornherein ausgeschlossen werden. Nach erfolgreicher Anmeldung erhält der vom Kunden angegebene Administrator die Zugangsdaten. Schon können die MitarbeiterInnen für Handyparken St. Pölten im firmeninternen Admin-Tool freigeschaltet werden. Ab dann können ganz einfach mit dem Handy Parkscheine gekauft werden, die direkt an die Firmenbuchhaltung verrechnet werden.

Positiv für die Stadt und ihre BesucherInnen

„Handyparken hat sich in St. Pölten sehr gut bewährt und sich zu einem Aushängeschild mobiler e-Government-Lösungen entwickelt. Durch den Einsatz von Handyparken ist die Parkraumbewirtschaftung innerstädtischer Lagen für BürgerInnen und BesucherInnen der Stadt komfortabel möglich. Da Handyparken sehr flexibel ist, können auch neue Ansätze in der Parkraumbewirtschaftung verfolgt und umgesetzt werden“, zeigt sich Bürgermeister Matthias Stadler mit der bisherigen Entwicklung zufrieden.

INFO: www.handyparken.at

TECHNISCHE AUSKÜNFTE:
Hotline von A1 Telekom Austria AG / m-Commerce: Tel.: 0664 660 6000
E-Mail: service@handyparken.at



1.000 JAHRE LEONDING

Die Stadt Leonding feiert die erste urkundliche Erwähnung Leondings vor 1.000 Jahren mit einem Stadtfest von 12. bis 15. September 2013. Vor 1.000 Jahren tauchte Leonding – damals noch als „liutmuntinga“ – erstmals offiziell urkundlich auf. Der Weg von der Ansiedlung bis hin zur heute viertgrößten Stadt Oberösterreichs wurde von einer bewegten Geschichte begleitet.

Die „Passauer Traditionen“, eine Sammlung von Urkundenabschnitten des Hochstiftes Passau aus dem 8. bis 11. Jahrhundert, beinhalten im Jahr 1013 erstmals die Bezeichnung „liutmuntinga“. Leonding ist aber nicht erst seit 1.000 Jahren ein Siedlungs-Ort, schon vor über 6.500 Jahren fanden Besiedlungen statt, dies beweist auch der Fund des jungsteinzeitlichen Frauenskeletts „Leondine“. Im Zentrum von Leonding sind die Archäologinnen und Archäologen bei Grabungen auf die Reste einer rund 3.000 Jahre alten Siedlung gestoßen.

Stadterhebung 1975

Die Entwicklung Leondings von der Siedlung bis zur Stadt war von schicksalhaften Ereignissen begleitet. Dabei gab es schwere Herausforderungen zu meistern. In den Erbfolgekriegen wurde Leonding mehrmals geplündert, während der Napoleonischen Kriege war der Ort oft besetzt. 1713 wütete eine Beulenpest-Epidemie. In den großen Weltkriegen erlitt Leonding große Verluste. Nach dem Wiederaufbau setzte ein Wachstum ein, das in der Stadterhebung 1975 gipfelte. Leonding erlebte seit jeher eine regelrechte Bevölkerungs-Explosion. Um 1900 waren es noch 3.800 Einwohnerinnen und Einwohner, 2006 bereits 25.000 und mit 31. Mai 2013 genau 28.227 – Tendenz weiter steigend. Leonding ist mittlerweile die viertgrößte Stadt Oberösterreichs.

Bürgermeister Walter Brunner: „Wir haben ein umfassendes Festprogramm gestaltet. Vom klassischen Konzert bis zum Popkonzert, vom Unterhaltungsprogramm für Familien, von Ausstellungseröffnungen bis hin zum Festakt am Sonntag, 15.9. mit Bundespräsident Heinz Fischer, ist für jeden Geschmack etwas dabei: Die eigens gestaltete Millenniumsskulptur, die das Rathaus künftig zieren wird, wird im Rahmen des Stadtfestes präsentiert. Auch der soziale Aspekt kommt nicht zu kurz: am Samstag und Sonntag wird der längste Leondingerstrudel angeschnitten und zugunsten eines Leondinger Sozialprojektes verkauft.“

INFO: www.leonding.at



STUDIENREISE NACH BRÜSSEL

„... wenn jemand eine Reise tut, dann kann er was erzählen.“

In der Tat, auch die diesjährige Studienreise („EU-Kurzlehrgang“) des Österreichischen Städtebundes hat eine Vielzahl und Vielfalt an neuen Eindrücken und Erfahrungen geboten. In den drei Tagen wurde das Arbeitsumfeld für Kommunale Verbindungsbüros in Brüssel mit Vorträgen und Diskus-

sionen veranschaulicht. Den wichtigsten EU-Institutionen (Parlament, Kommission, Rat), der Ständigen Vertretung Österreichs, den kommunalen Lobbyisten sowie den Medien wurde eine Plattform zum Meinungsaustausch mit den KommunalpolitikerInnen geboten. Am EU-Kurzlehrgang nahmen 18 Personen teil.

18 kommunale VertreterInnen bildeten sich während der Studienreise nach Brüssel fort.

„MASTERPLAN INNENSTADT“

Steirische Gemeinden setzen sich für die Entwicklung ihrer historischen Zentren ein. Österreich ist ein Land der Städte: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Städten oder städtischen Ballungsräumen, der Zuzug hält weiterhin stark an. Städte setzen Impulse und gestalten das Leben vieler Menschen, sie investieren intensiv in den Ausbau ihrer Infrastruktur: wie Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung, Kindergärten, Schulen, Kultur- und Sportstätten, Gesundheitszentren und der öffentliche Nahverkehr. Österreichs Städte und Gemeinden sind Wirtschaftsmotoren: 85 Prozent der heimischen Wirtschaftsleistung werden in Städten erbracht. Als größte heimische Investoren schaffen sie Arbeitsplätze und unterstützen damit die Klein- und Mittelunternehmen, die das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft bilden. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise für Österreich abzufedern. Dennoch veröden österreichweit viele der historisch gewachsenen Innenstädte sowie die kleinen, regionalen Zentren an der Peripherie von urbanen Ballungsräumen.



Bürgermeister Karl Pack (Hartberg), Bürgermeister Bernd Rosenberger (Bruck an der Mur) und Bürgermeister Josef Sommer (Bad Radkersburg) (v.l.n.r.).

Drei Steirische Bezirksstädte – Bruck an der Mur, Hartberg und Bad Radkersburg – haben diese problematische Entwicklung in ihren Gemeinden zum Anlass genommen, um in einer österreichweit einzigartigen Initiative aktiv zu handeln und – mittels sektorenübergreifender Masterpläne – Maßnahmen zur Belebung der Stadtzentren erstellen zu lassen. Die derart gewonnen allgemeinen Erkenntnisse sollen in einem „Weißbuch Innenstadt“ zusammengefasst werden, um künftig VerantwortungsträgerInnen in der Politik, der Verwaltung und bei den Interessensvertretungen und Sozialpartnern ein praxisnahes Handbuch für regionalpolitische und strategische Entscheidungen für die kommende EU-Programmförderperiode bis zum Jahr 2020 zur Verfügung zu stellen. In einer österreichweiten Ausschreibung wurden ZiviltechnikerInnen, RaumplanerInnen und ArchitektInnen gesucht, um sie

mit der sektorenübergreifenden Stadtplanung, der dazugehörigen wissenschaftlichen und technischen Beratung sowie mit der Erstellung der benötigten Planungsgrundlagen beauftragen zu können. Aus den zahlreichen Angeboten ist die Bietergemeinschaft B-H-B-R. Innenstadt „6pack+“ von einer unabhängigen Bewertungskommission einstimmig ausgewählt worden und wird mit der Durchführung, dem umfassenden Projektmanagement sowie der Erstellung von Masterplänen für die Pilotgemeinden und eines Manuskriptes für ein „Weißbuch Innenstadt“ beauftragt.

Die Bietergemeinschaft „6pack+“ besteht aus:

1. **balloon_Wohofsky ZT-KG**
Kontextsensitive Architektur, Nutzungs- & Bebauungsstudien
2. **BSX Schmölzer GmbH**
Marketing- & Kommunikationsberatung, Kultur & Medienproduktion
3. **Land in Sicht – Thomas Proksch**
Landschaftsplanung, -gestaltung, -pflege, querschnittorientiertes Umweltmanagement
4. **Büro Dr. Paula ZT-GmbH**
Raumplanung, Raumordnung und Landschaftsplanung
5. **ÖAR Regionalplanung GmbH**
Regionalentwicklung, Projektentwicklung, Organisationsberatung
6. **ZIS&P, Sammer & Partner ZT-GmbH**
Verkehrsplanung, Mobilitätsplanung & Management
7. **Rainer Rosegger**
SCAN - Agentur für Gesellschaftsanalytik, Soziologische Analysen, Netzwerke-Analysen, Meinungsforschung

Das Projekt ist für die Dauer eines Jahres anberaumt und wird mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung, des Österreichischen Städtebundes, des Landes Steiermark und der Wirtschaftskammer Steiermark sowie den beteiligten Städten Bruck an der Mur, Hartberg und Bad Radkersburg finanziert. Die organisatorische Abwicklung des Projektes erfolgt über den Österreichischen Städtebund, Landesgruppe Steiermark. Wir – die Bürgermeister der beteiligten Städte – stellen sicher, dass wir gemeinsam mit den vorgesehenen MitarbeiterInnen unserer Gemeinden die erforderlichen Maßnahmen setzen, sowie die benötigten Ressourcen bereitstellen werden, um dieses Pilotprojekt zeitgerecht und auftragsgemäß durchzuführen.



BEGEGNUNGZONEN IN DER WELSER INNENSTADT ERÖFFNET

Seit April des heurigen Jahres sind Begegnungszonen offiziell in der Straßenverkehrsordnung (StVO) festgeschrieben. Kraftfahrzeuge, RadfahrerInnen und FußgängerInnen nutzen dabei eine gemeinsame Verkehrsfläche, wobei die erlaubte Höchstgeschwindigkeit bei 20 km/h liegt. Verkehrszeichen werden lediglich am Anfang und am Ende der Zone eingesetzt, um die VerkehrsteilnehmerInnen über die Zonenbegrenzung zu informieren. Alle VerkehrsteilnehmerInnen sind gleichberechtigt und müssen stärker aufeinander Rücksicht nehmen. Nach Abschluss der notwendigen Planungs- und Durchführungsarbeiten wurden am 9. Juli zwei derartige Verkehrszone im Ostteil des Kaiser-Josef-Platzes beziehungsweise in der südlichen Pfarrgasse (zwischen Ringstraße und Stadtplatz) geschaffen. Eine weitere Begegnungszone wird darüber hinaus nach Durchführung der noch erforderlichen Umbauarbeiten am Froniusplatz (ehemalige Buxbaumstraße) errichtet. „Die in der StVO vorgesehene Begegnungszone ist ein neues Instrument der urbanen Verkehrsberuhigung. Dabei soll dieser Raum nicht primär durch eine Trennung der Bewegungsflächen und Verkehrsschilder organisiert sein, sondern durch die Möglichkeit der Verständigung aller VerkehrsteilnehmerInnen“, erklärt Verkehrsstadtrat Gerhard Kroiß das Konzept. Für Innenstadtreferent Stadtrat Andreas Rabl stellen Begegnungszonen eine ideale verkehrstechnische Lösung dar.

SCHWECHAT: REGES INTERESSE AN BÜRGERMEISTERPLATZL'N

Bei einem Getränk und einem Imbiss den Bürgermeister und andere VertreterInnen der Stadtpolitik zu treffen und dabei alle möglichen Themen besprechen – das ist der Sinn der Bürgermeisterplatzl'n in Schwechat. Seit Mitte Juni standen in den frühen Abendstunden in allen vier Ortsteilen – Rannersdorf, Mannswörth, Kledering und Schwechat – entsprechende Termine auf dem Programm. Bürgermeister Hannes Fazekas: „Ich habe dabei viele Gespräche führen können, die auch alle protokolliert wurden. So ist sichergestellt, dass jedes Anliegen behandelt wird.“





MIT SICHERHEIT EINE DER SAUBERSTEN SEITEN IM NETZ:

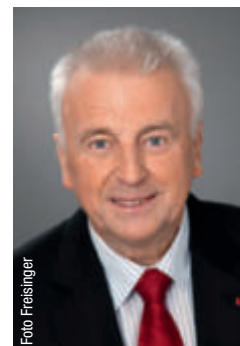
Besuchen Sie uns auf unserer neuen Website: www.hollu.com



Der Spezialist für Sauberkeit, Hygiene und Wohlbefinden.
Julius Holluschek GmbH · A-6170 Zirl · Salzstraße 6 · Tel. +43 5238 52800-0 · www.hollu.com



WERBUNG



LEOBEN: BÜRGERMEISTER KONRAD GEEHRT

Matthias Konrad ist seit 20 Jahren Stadtoberhaupt von Leoben – vor Kurzem wurde er ausgezeichnet: In festlichem Rahmen vor 190 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft – darunter Landeshauptmann Franz Voves und Laudator Hannes Androsch – bekam Matthias Konrad die Leobener Ehrenbürgerschaft verliehen und von Vizebürgermeister Maximilian Jäger den Ehrenring überreicht.

ANERKENNUNG VON BERUFSABSCHLÜSSEN SOLL ERLEICHTERT WERDEN

Berufliche Qualifikationen sollen in der Europäischen Union künftig leichter anerkannt und die Mobilität der Berufstätigen damit verbessert werden. Dies ist das Ziel einer Richtlinie, die der Binnenmarktausschuss des Europaparlaments vor Kurzem in Brüssel verabschiedete. Demnach soll ein elektronischer „Europäischer Berufsausweis“ die EU-weite Anerkennung von Abschlüssen unbürokratischer machen.

In den Verhandlungen zwischen Europaparlament und den EU-Staaten wurde zudem vereinbart, dass Krankenschwestern und -pfleger keine Matura benötigen, um ihren Beruf zu erlernen. Eine zehnjährige Schulausbildung, wie sie derzeit in Deutschland vorgeschrieben ist, reicht weiterhin aus. Das Plenum des Europaparlaments soll die neue Richtlinie im Oktober endgültig unter Dach und Fach bringen.

APA/ASP



SCHWECHATS BUDGET JETZT AUCH IM INTERNET

Die geplanten Einnahmen und Ausgaben sowie der Rechnungsabschluss von Schwechat sind jetzt auch im Internet auf der Website der Stadtgemeinde zu finden. Es gibt noch mehr Transparenz: Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Schwechat beschließt jährlich die Voranschläge – ggf. auch Nachtragsvoranschläge – für das folgende Jahr. Ist dieses zu Ende, wird auch der Rechnungsabschluss dem Gemeinderat vorgelegt. Sowohl Voranschlag als auch Rechnungsabschluss sind vor Beschlussfassung öffentlich einsehbar.

Bürgermeister Hannes Fazekas, der auch Finanzreferent der Stadt ist: „Wir stellen die Zahlenwerke ab 2012 jetzt auch im Internet zur Verfügung. Damit wird die Schwechater Haushaltsführung noch transparenter.“

www.schwechat.gv.at

STRASSENBAHNVERLÄNGERUNG IN GMUNDEN BESCHLOSSEN

Der Oberösterreichische Landtag hat die geplante Straßenbahnverlängerung in Gmunden beschlossen. Im kommenden Jahr soll mit dem Bau begonnen werden; die Fertigstellung ist für 2017 vorgesehen, teilte Verkehrslandesrat Reinhold Entholzer mit. Die Investitionssumme des Projekts, das an die Lokalbahn Gmunden-Vorchdorf anschließen wird, beträgt rund 30 Mio. Euro. 80 Prozent davon kommen vom Land. Ziel sei es, dass die Straßenbahn der Traunseestadt zu einem innerstädtischen und regionalen Hauptverkehrsmittel aufgewertet wird, erklärte Entholzer. „Alle Studien belegen, dass dann mindestens mit einer Verdoppelung der Fahrgastzahlen zu rechnen ist.“ Einen zusätzlichen Schub soll das Projekt durch neue Garnituren bereits ab 2016 erhalten.



GERHARD PIRIH IST DER NEUE BÜRGERMEISTER VON SPITTAL

Mit 57,72 Prozent konnte SPÖ-Kandidat Gerhard Pirih vor Kurzem die Bürgermeisterstichwahl für sich entscheiden. „Die SPÖ Kärnten hat das beste Team, die besten und engagiertesten Funktionäre und die besten Kandidaten. Das haben wir mit dem Sieg von Gerhard Pirih in Spittal neuerlich unter Beweis gestellt“, so SPÖ-Landesgeschäftsführer Daniel Fellner, der sich beim gesamten Wahlkampfteam rund um Bezirksgeschäftsführerin Sara Schaar für den erfolgreichen Einsatz bedankte. Der begeisterte Hobbyfußballer Pirih ist verheiratet und hat einen Sohn. Seit über 20 Jahren ist er Mitarbeiter der Firma Hasslacher und dort seit 2002 Betriebsrat. Pirih will den erfolgreichen und von den WählerInnen bei der Landtagswahl eindrucksvoll bestätigten Weg der Kärntner Sozialdemokratie konsequent weiter beschreiten.



GRAZ KOOPERIERT MIT CHINESISCHER STADT



Wan Jie Chen, Michael Grossmann, Bgm. Dawei Ding, Bürgermeister Siegfried Nagl, StR Gerhard Rüsch (v.l.n.r.)

Durch Unterzeichnung einer Projektpartnerschaft besiegelten die chinesische Stadt Nantong und Graz die Absicht, einen Ökopark in der Millionenmetropole zu errichten. Auf einen direkten Draht nach Fernost kann die steirische Landeshauptstadt in Zukunft setzen: In der chinesischen Millionenmetropole Nantong entsteht ein Ökopark mit einem Österreich-Zentrum, das als Drehscheibe für die Kooperation österreichischer und chinesischer Unternehmen dienen wird. Das heimische Know-how in Sachen Energieeffizienz und Umweltschutz soll so international zum Einsatz kommen. Den offiziellen Vertrag brachten der Bürgermeister Nantongs, Dawei Ding, und das Grazer Stadtoberhaupt Siegfried Nagl in Form einer Projektpartnerschaft unter Dach und Fach. „Angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen ist der sinnvolle Einsatz von Ressourcen dringend notwendig“, so Bürgermeister Nagl. Nantong liegt im Großraum Shanghai im Osten Chinas in der Provinz Jiangsu und an der Mündung des Jangtse-Flusses. Die Stadt hat rund 10 Millionen EinwohnerInnen, die auf einer Fläche von rund 8.000 Quadratkilometern – circa die Hälfte der Fläche der Steiermark – leben. Der Projektpartnerschaftsvertrag zwischen Graz und Nantong wurde auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen, kann aber auf beidseitigen Wunsch verlängert werden.

VÖCKLABRUCK: „LEVEL UP YOUR CITY“ GEHT WEITER

Das von der Stadt Vöcklabruck initiierte „Your Agenda 21“-Projekt „Level Up Your City“ wird bis Jahresende 2013 verlängert. Es bietet Leuten zwischen 14 und 25 Jahren die Möglichkeit, Jugendideen in Vöcklabruck umzusetzen. Aktuelle Projekte dazu sind beispielsweise das Kurzfilmfestival „4840 Frames“ von Young & Culture am 17./18. August im Offenen Kulturhaus. Die HTL betreibt einen Wettbewerb „Aktiv gegen die Bankenkrise“ für Sitzbänke beim Busbahnhof Schulzentrum. Das HAK-Maturaprojekt „Panairobi“ soll im Herbst eine Film-doku und eine Infoveranstaltung über Spendenverwendung bringen. Weiters werden im Herbst kleine Weiden-Pavillons als „Come Together“ bei der Hatschek Stiftung gebaut. Zusätzlich gibt es ein Jugend-Barcamp zu den Themen Bildung und Demokratie.

Die Möglichkeiten der Unterstützung für Projektideen können unter www.facebook.com/level-upVB eingereicht oder besprochen werden.



Das Dialogforum für WissenschaftlerInnen, ArbeitnehmerInnenvertretungen und Interessierte.

 **DIALOG FORUM**
HIRSCHWANG
Eine Initiative von **AKÖ** und **ÖGB**

UNTERVERSORGER ÜBERVERSORGER NAHVERSORGER

Was kann die Gemeinde der Zukunft den ArbeitnehmerInnen bieten?

Donnerstag, 5. September 2013, 12 bis 17.30 Uhr,
Seminarparkhotel Hirschwang, Trautenberg-Straße 1,
2651 Reichenau an der Rax, Niederösterreich

Freitag, 6. September 2013, 9 bis 14 Uhr,
Sägewerk Hirschwang, Hirschwang 67,
2651 Reichenau an der Rax, Niederösterreich

Eröffnungsvortrag
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld,
Abteilungsleiter des Instituts für
Wirtschaftsforschung, Halle, Deutschland

Am Podium
wHR Dr. Walter Leiss, Generalsekretär
des Österreichischen Gemeindebundes
Bernhard Müller, BA,
Bürgermeister von Wiener Neustadt
Mag. Evelyn Regner, EU-Abgeordnete
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Mehr Infos und Online-Anmeldung auf
www.dialog-forum.at



Die Hochwasserkatastrophe überschattete den diesjährigen Städtetag, der von 5. bis 7. Juni 2013 über die Bühne ging. Trotz angespannter Lage kamen rund 850 TeilnehmerInnen, darunter BürgermeisterInnen, Stadt- und Gemeinderäte, GemeindevertreterInnen sowie internationale Gäste und berieten über aktuelle Fragestellungen der kommunalen Ebene.

Eröffnung des 63. Städtetages in Wels

Das diesjährige Generalthema des Österreichischen Städtetages, der jährlichen Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes, lautete **„Kommunale Verantwortung = soziale Verantwortung“** und stand im Zeichen der Finanzierung kommunaler Leistungen. Im Besonderen widmete sich die Tagung der „Jugend und Jugendprojekten in Städten“. Durch die feierliche Eröffnung führte die gebürtige Welserin und ORF-Moderatorin Eva Pölzl. Sie begrüßte hochrangige PolitikerInnen, unter anderen Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. In seiner Eröffnungsrede zeigte der Bürgermeister der gastgebenden Stadt Wels, Peter Koits Verständnis dafür, dass einige Bürgermeister aus betroffenen Städten und Gemeinden nicht beim Städtetag teilnehmen konnten, weil sie, so Koits „dort sind, wo sie gerade am dringendsten gebraucht werden“.

Wels war bereits zum dritten Mal in der Geschichte Austragungsort des Österreichischen Städtetages: „Wie zuletzt im Jahr 2000 ist die Ausrichtung des Städtetages für uns eine große Ehre und Auszeichnung“, so Koits.

Auch der Städtebund-Präsident und Wiener Bürgermeister Michael Häupl nahm in seiner Eröffnungsrede zunächst Bezug auf die Zerstörungen des Hochwassers: Viele Mitgliedsstädte seien in enorme

Mitleidenschaft gezogen worden, sagte Häupl. Er bedankte sich bei allen Helferinnen und Helfern der Katastrophe sowie bei der Bundesregierung, die finanzielle Mittel für die Opfer bereitgestellt habe. Die Katastrophe hätte auch gezeigt, so Häupl, „dass der Zusammenhalt in unserem Land mehr denn je gegeben ist. Wir werden vieles wieder aufbauen. Und wir werden uns vielleicht auch mit der Frage der Schutzzonen und Bebauungszonen neu auseinandersetzen müssen“, so Häupl.

Motto: Kommunale Verantwortung = soziale Verantwortung

Die Leistungen der Städte und ihre Finanzierung standen im Mittelpunkt der Eröffnungsrede von Bürgermeister und Städtebund-Präsident Häupl: „Österreichs Städte und Gemeinden stellen eine international vorbildliche kommunale Infrastruktur zur Verfügung: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gesundheit, Soziales, öffentlicher Nahverkehr, Kultur und Sport sind allesamt Leistungen im öffentlichen Interesse, die die Kommunen auf höchstem Niveau erbringen“, so Häupl.

„Funktionierende Städte bilden das Fundament für Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land“, betonte Häupl. Er erinnerte an die Unruhen in verschiedenen europäischen Städten, zuletzt in Schweden. „Wenn man bedenkt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien oder Griechenland schon bei über 50 Prozent



„Wie zuletzt im Jahr 2000 ist die Ausrichtung des Städtetages für uns eine große Ehre und Auszeichnung.“

Bürgermeister Peter Koits

Bundeskanzler Werner Faymann:
„International wird unser Land
beneidet, sei es die Trinkwasser-
versorgung, Kinderbetreuung,
Pflege oder Armutsbekämpfung.“

liegt, dann kann man von einer verlorenen Generation sprechen“, so Häupl. „Solche Entwicklungen können von einzelnen Nationalstaaten nicht mehr korrigiert werden, das können wir nur noch gemeinsam“, meinte Häupl.

Die Ergebnisse des aktuellen „Städtebarometers“ belegen, dass junge Menschen vor allem wegen Arbeits- und Ausbildungschancen in Städte ziehen. Der Zuzug – gerade unter jungen Menschen und Frauen – hält ungebrochen an: Bereits 65 Prozent der österreichischen Bevölkerung lebt in Städten und Ballungszentren, jährlich werden es mehr.

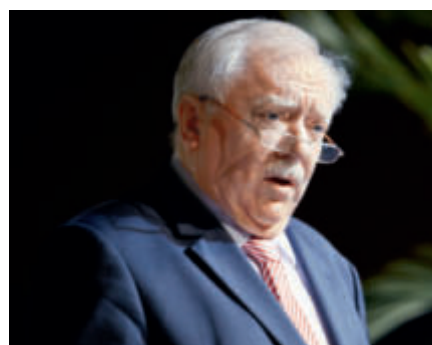
„Städte und Gemeinden finanzieren neben ihren eigentlichen Aufgaben auch wesentlich einen großen Teil des ‚sozialen Österreichs‘ mit“, so Häupl: „In Form von Transfers an Bund und Länder werden Spitäler und die Sozialhilfe mitfinanziert. Doch insgesamt leisten Städte über diese Transfers um zwei Milliarden Euro mehr als sie zurückbekommen. Der Finanzausgleich wird damit auf den Kopf gestellt.“ Häupl forderte einmal mehr einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und umfassende Strukturreformen: „Anstelle von Doppelgleisigkeiten und Ko-Finanzierungen brauchen wir Transparenz, klare Aufgabenverteilungen und volle Mitbestimmungsrechte“, so Häupl.

Bundeskanzler Faymann:

Kommunale Leistungen absichern

„Die Menschen in Österreich verlassen sich auf die starke Funktion kommunaler Leistungen und haben ein Recht darauf, dass die öffentliche Hand dabei eine hohe Qualität bereitstellt“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Festrede.

In seiner Ansprache nahm er Bezug auf die Chancen von Jugendlichen in Europa und den sozialen Zusammenhalt und stellte den österreichischen Städten und Gemeinden ein positives Zeugnis aus.



Bürgermeister und Städtebund-Präsident Michael Häupl: „Funktionierende Städte bilden das Fundament für Wohlstand.“



Landeshauptmann Josef Pühringer: „Stadtregionen sind Wirtschaftsmotoren für Österreich.“

Gerade die Hochwasserkatastrophe habe gezeigt, dass sich die Bevölkerung auf den Zusammenhalt an ihrem Wohnort verlassen könne. Der persönliche Einsatz vieler Hilfskräfte ließ die Menschen zusammenrücken und förderte die Menschlichkeit. „Wenn wir ein Stück dieses Geists des Zusammenhalts auch in die Politik übernehmen, dann können wir nicht nur das bis jetzt erreichte verteidigen, sondern sogar weiter ausbauen“, so Faymann.

International werde unser Land beneidet: zum Beispiel bei Trinkwasserversorgung, Kinderbetreuung, Pflege oder Armutsbekämpfung. Die Dienstleistungen der Städte und Gemeinden seien auf einem sehr hohen Niveau. Generell erkenne er aber auch den Verhandlungsbedarf zwi-

schen Bund, Ländern und Gemeinden wenn es um die Absicherung von kommunalen Leistungen gehe, denn diese dürfen nicht ‚weggespart werden‘, so der Bundeskanzler.

Die Jugendarbeitslosigkeit in manchen europäischen Ländern sei alarmierend und müsse durch eine nachhaltige qualitative Entwicklung wie etwa durch Investitionen, gut ausgebaute Wirtschaftsstandorte, moderne Ausbildung und Forschung gedrosselt werden. „Junge Menschen brauchen Chancen und Arbeit“, so Faymann. Zudem habe Österreich eine der niedrigsten Quoten bei der Jugendarbeitslosigkeit. Österreich verkaufe 60 Prozent seiner produzierten Güter nach Europa und nicht nach Asien. „Die Kaufkraft ist in



Fotos: Markus Wäcker

Bundespräsident Heinz Fischer:
„Der Österreichische Städtebund
ist ein Netzwerk, das sinnvolle
Zusammenarbeit zwischen
Kommunen organisiert.“

matte zu denunzieren. Dem sozialen Missbrauch muss entgegengetreten werden, doch man muss auch den tatsächlichen Wahrheitsgehalt untersuchen“, so Fischer. Er lobte den Österreichischen Städtebund als Netzwerk, das sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunen organisiert und soziale Verantwortung praktiziert.

Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer kritisierte, dass Kooperationen zwischen Gemeinden umsatzsteuerpflichtig seien, wodurch der Anreiz, durch gemeinsame Erledigungen zu sparen, völlig zunichte gemacht werde. Es sei jedoch die Aufgabe der Kommunen, öffentliche Leistungen zu einem vernünftigen Preis anzubieten.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Christian Meidlinger, appellierte in seinen Grußworten an die Bundesregierung, ihre soziale Verantwortung in Bezug auf die Hochwasserkatastrophe wahrzunehmen. Während der Bankenkrise sei es möglich gewesen, Milliarden für einen Schutzschirm zur Verfügung zu stellen, „einen solchen Schutzschirm brauchen wir jetzt für unsere Jugendlichen“, so Meidlinger.

„Sicherheit ist den Menschen wichtig“, betonte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und erinnerte an ein Maßnahmenpaket für Gemeinden, das „das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen stärken“ solle.

Der Landeshauptmann von Oberösterreich, Josef Pühringer, nahm die Gelegenheit wahr, den „Helferinnen und Helfern in Städten und Gemeinden für den unermüdlichen Einsatz“ bei den Überschwemmungen zu danken. Er betonte die wirtschaftliche Bedeutung von Städten und städtischen Räumen und erläuterte am Beispiel der Region Linz-Wels die Rolle der Stadtregionen als Wirtschaftsmotor für ganz Österreich. ■



Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer: „Kooperationen zwischen Gemeinden dürfen nicht umsatzsteuerpflichtig sein.“



Innenministerin Johanna Mikl-Leitner: „Ich rufe das Sicherheits-Maßnahmenpaket für Gemeinden in Erinnerung.“

Europa und diese gehört gestärkt“, so Bundeskanzler Faymann.

Doch neben der wirtschaftlichen Entwicklung müsse auch europaweit vermehrt auf Steuergerechtigkeit geachtet werden. Im Besonderen sei der Steuerbetrug ein enormes Problem. Von Regierungen sei zu erwarten, dass sie auf die Steuerdisziplin achten.

Der Bundeskanzler sprach sich auch für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und gegen die Privatisierung kommunaler Leistungen (wie z.B. des Trinkwassers) aus. Zudem setze er sich für eine menschengerechtere Politik in Europa ein, die allerdings nur durch die persönliche Akzeptanz der Bevölkerung fruchten könne.

Bundespräsident Fischer: Soziale Verantwortung stärken

Auch Bundespräsident Heinz Fischer erinnerte in seiner Ansprache an die Solidarität und den Zusammenhalt angesichts der Hochwasserkatastrophe. Dieser Zusammenhalt sei ein „gutes Zeichen und ein beruhigendes Gefühl“, so Fischer. Besorgniserregend sei hingegen, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen Spitzen- und Durchschnittsverdienern weltweit vergrößert haben – die Anzahl der MillionärInnen sei auch in Österreich im Vorjahr deutlich angestiegen. Der Bundespräsident sprach sich für mehr soziale Verantwortung aus und appellierte an die Gerechtigkeit. Er warnte davor, soziale Missbrauchsfälle als soziale Hänge-

63. Städtetag in Wels:

Auftakt im Schatten der Hochwasserkatastrophe

Die Bürgermeister Häupl, Koits und Linhart erörtern vor der Eröffnung die Finanzsituation der Städte und Gemeinden.

Die Hochwasser-Situation in vielen Städten und Gemeinden dominierte die Pressekonferenz vor der Eröffnung des 63. Österreichischen Städtetages in Wels: Städtebund-Präsident, Bürgermeister Michael Häupl sprach seine Sympathie und

Anteilnahme an alle betroffenen Städte und Gemeinden aus und appellierte, dass die „finanziellen Zusagen, die im Vorfeld getroffen wurden, auch umgesetzt werden“. Im Namen des Städtebundes dankte er auch den vielen Freiwilligen, die in gu-



Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Michael Häupl, Städtebund-Präsident und Wiener Bürgermeister, Peter Koits, Welser Bürgermeister und Markus Linhart, Bregenzer Bürgermeister (v.l.n.r.).

ter Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Katastrophenschutz geholfen hätten, die Situation zu bewältigen.

Auch Markus Linhart, Bürgermeister von Bregenz, dankte zunächst den Einsatzkräften und appellierte an Bund und Länder, dass rasch und unbürokratisch Hilfe geleistet werde.

Er ging auf die Hauptforderungen des Österreichischen Städtebundes ein, die beim Städtetag in Form einer umfangreichen Resolution beschlossen wurden. Kernpunkt: Ein aufgabenorientierter Finanzausgleich, der sich nicht mehr an der Anzahl der Hauptwohnsitze, sondern an den tatsächlichen Aufgaben, die eine Stadt erfüllen muss, orientiert: „Es kann nicht sein, dass die Städte als Wachstumsmotoren ganzer Regionen ihre Investitionen und Ausgaben aufgrund des ‚grauen Finanzausgleichs‘ zurückfahren müssen.“

Er kritisierte, dass es keine Dynamik bei der Grundsteuer gebe und bezeichnete die Befreiung der Kommunalsteuer für Bund und Länder als „Unding“. Auch der Zugriff auf die Bundesfinanzierungsagentur ÖBFA sei dringend notwendig.

„Der Bund darf den Städten das Leben nicht schwer machen, indem er immer mehr Aufgaben auf die Kommunen abwälzt, ohne die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen“, sagte auch Peter Koits, Bürgermeister der gastgebenden Stadt Wels.

„Städte sind Motoren der gesamten österreichischen Wirtschaft. Sie tragen maßgeblich zur Konjunkturerentwicklung bei. Die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den kommunalen Dienstleistungen ist sehr hoch: das belegt auch die aktuelle Studie ‚Städtebarometer 2013‘ eindrucklich“, betonte Städtebund-Präsident Häupl.

Finanzen im Mittelpunkt der Beratungen zum 63. Städtetag

Österreichs Städte bieten der Bevölkerung für Tag eine Vielzahl von kommunalen Dienstleistungen auf höchstem Niveau an: Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllentsorgung, Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen, Sport und öffentlicher Nahverkehr. Damit versorgen die Städte meistens eine ganze Region. Trotz der Krisenjahre ist es gelungen, diese Leistungen in unverminderter Qualität

aufrechtzuerhalten – doch in den letzten Jahren ist auch offensichtlich geworden, dass der Finanzausgleich dringend einer umfassenden Reform bedarf. Städte und Gemeinden finanzieren neben ihren eigentlichen Aufgaben auch wesentlich die soziale Versorgung in Österreich mit: Sie kofinanzieren etwa über die sogenannten Transferzahlungen die Sozialhilfe oder auch Spitäler, die hauptsächlich in der Verantwortung der Bundesländer stehen. Insgesamt 52.000 Transfers fließen zwischen Ländern und Gemeinden hin und her und machen die Finanzierung daher unübersichtlich und ineffektiv. Zusätzlich belasten einzelne Maßnahmen des Konsolidierungspakets der Bundesregierung Städte und Gemeinden:

1. Die Streichung der Vorsteuer-Regelung für Städte und Gemeinden, die seit 2013 fällig ist, führt dazu, dass Kommunen bei Investitionen zurückhaltender sind.
2. Gemeindekooperationen sollen nunmehr umsatzsteuerpflichtig sein, was dazu führen könnte, dass Kooperationen, die eigentlich sparen helfen, nicht mehr eingegangen werden.
3. Die gemeindeeigenen Steuern, die in den letzten Jahren anteilig von 40 auf 20 Prozent zurückgegangen sind, müssen modernisiert und verfassungsmäßig abgesichert werden. Wichtigster Schritt: die Reform der Grundsteuer. Kurzfristig sollte der Hebesatz erhöht werden. Mittelfristig sollte gemeinsam mit dem Finanzministerium eine grundlegende Reform erarbeitet werden, wobei klar ist, dass die Grundsteuer eine kommunale Steuer bleiben muss.

Der Österreichische Städtebund tritt für eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs (FAG) ein, der sich an den tatsächlichen Aufgaben einer Stadt oder Gemeinde orientiert, statt an der Anzahl der festen Wohnsitze. Es muss eindeutige Zuständigkeiten zwischen den Gebietskörperschaften geben – und eine klare finanzielle Verantwortung. Zum Beispiel: Gesundheit und Pflege sind Ländersache, Kindergärten werden nur durch die Kommunen verantwortet. Nur so können die

unzähligen Transferzahlungen eingedämmt werden und letztlich auch die Leistungen besser und effizienter werden.

Ergebnisse des Städtebarometers 2013

Das hohe Niveau der kommunalen Infrastruktur, die durch Städte und Gemeinden zur Verfügung gestellt wird, wird von der Bevölkerung mit Bestnoten bewertet – das beweisen die aktuellen Ergebnisse des jährlich erhobenen „Städtebarometers“ von SORA-Institute for Social Research: Besonders hoch ist die Zufriedenheit mit der Trinkwasserversorgung (97 Prozent), Müllentsorgung (92 Prozent) und der Abwasserentsorgung (92 Prozent). Auch die Zufriedenheit mit dem Stadtbild (86 Prozent), den Gesundheitseinrichtungen (87 Prozent) oder dem Radwegenetz und Kinderbetreuungsangebot (jeweils 78 Prozent) ist sehr hoch. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass kommunale Dienstleistungen nicht an private Anbieter ausgelagert werden sollten, auch hier führen Trinkwasser und Müllentsorgung die Reihung deutlich an. Abgefragt wurde auch der Zuzug in die Städte bzw. die Wanderungsbewegungen insgesamt. Knapp die Hälfte der Befragten ist erst im Laufe ihres Lebens in ihre aktuelle Wohngemeinde gezogen. Die meisten davon kamen aus einer kleineren in eine größere Gemeinde (55 Prozent): als Motiv wird vorwiegend der Arbeitsplatz angegeben. Eine kleinere Gruppe (27 Prozent) ist von einer größeren Gemeinde in eine kleinere gezogen: hier werden vor allem private Gründe (Hausbau, Familie, Heirat) angegeben. 17 Prozent kamen aus dem Ausland.

Ein besonderer Schwerpunkt wurde bei der Befragung 2013 zum Thema „Jugend und kommunale Jugendarbeit“ gesetzt: Auch hier wird die Lebensqualität für Jugendliche als sehr hoch bewertet. Abgefragt wurden unter anderem Treffpunkte für Jugendliche, wobei hier die Antworten der Gesamtheit der Befragten stark von denen der Jugendlichen abweichen: Während allgemein als beliebteste Treffpunkte Lokale und Jugendzentren genannt werden (jeweils 56 Prozent), geben die Jugendlichen schon knapp dahinter „Straße“ als drittb Liebtesten Treffpunkt an. ■

Resolution: Schulterschluss gegenüber Bund und Ländern

Die „Resolution an den Österreichischen Städtetag“, die die wichtigsten politischen Positionen zusammenfasst, wurde diesmal von den Delegierten einstimmig beschlossen. Auch hier wurde auf die aktuellen Hochwasser-Ereignisse Bezug genommen. Hier die wichtigsten Passagen.

Aufgrund des aktuellen Anlasses appelliert der 63. Österreichische Städtetag 2013 an alle Verantwortlichen des Hochwasser- und Katastrophenschutzes in folgender Weise: Viele Städte und Gemeinden haben einen gut funktionierenden Hochwasserschutz. Viele Maßnahmen, die in den letzten Jahren aufgrund der Erfahrungen durch das Hochwasserereignis im Jahr 2002 fertiggestellt wurden, haben den enormen Wassermengen der letzten Tage standgehalten. Wichtig für die Zukunft sind daher der rasche Ausbau bzw. die Fertigstellung der noch fehlenden Hochwasserschutzeinrichtungen sowie die weitere Vernetzung der einzelnen Fachbereiche. Der Österreichische Städtebund fordert daher:

- Den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ist unbürokratisch zu helfen. Der Hochwasserschutz ist weiter zu verbessern, wobei insbesondere der räumlichen Dimension besonderes Augenmerk zuteilwerden muss.

Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Michael Häupl, Städtebund-Präsident und Wiener Bürgermeister, Peter Koits, Welser Bürgermeister und Markus Linhart, Bregenzer Bürgermeister (v.l.n.r.).

- Es muss sichergestellt werden, dass im Falle von Neuerrichtungen bzw. Wiederherstellungen von Infrastruktur nach dem Eintritt von Katastrophen (Hochwasser, Vermurungen etc.) eine schnelle und unbürokratische Zusage von Fördermitteln möglich ist.
- Die erforderlichen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen sind seitens des Bundes und der Länder ehestmöglich umzusetzen.
- Für alle Projekte, bei denen bereits planerische und organisatorische Voraussetzungen gegeben sind, ist eine umgehende Realisierung durch entsprechende finanzielle Mittel des Bundes und der Länder zu gewährleisten. Für finanzschwache Gemeinden und Städte sind unbedingt Mittel durch Sonderfinanzierung zur Verfügung zu stellen.
- In den aktuellen Verhandlungen zur Strukturfondsperiode 2014–2020 ist

der Bund aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass sowohl im ELER (Landwirtschaftsfonds) als auch im EFRE (Regionalentwicklungsfonds) explizit die Möglichkeit aufgenommen wird, Katastrophenschutzmaßnahmen auch in den Städten zu fördern.

Die Mitglieder des Österreichischen Städtebundes danken ausdrücklich allen Einsatzkräften und den vielen Freiwilligen, die vor Ort unter großem Einsatz mitgewirkt haben, den Schaden in Grenzen zu halten. Den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist das hohe persönliche Engagement sowie die physische und psychische Belastung aller Mitwirkenden bewusst, die nicht genug gewürdigt werden können. ■

Die gesamte Resolution im Wortlaut finden Sie unter: www.staedtetag.at



**Raiffeisen
Meine Bank**



**Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.**

Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften.
www.raiffeisen.at

Sicherheit seit **125** Jahren.

Überregional: der Verkehr

Moderiert von Willy Raimund, Leiter Mobilität und Verkehr der Österreichischen Energieagentur, diskutierte der Arbeitskreis 1 über Stadtregionen und die Rolle der Städte bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs.

„Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe“, erklärte Klaus Luger, Vizebürgermeister der Stadt Linz zu Beginn des ersten Arbeitskreises zum Thema „öffentlicher Verkehr in der Stadtumlandregion“. Die österreichischen Städte investieren in hohem Maße in den öffentlichen Verkehr und tragen dadurch wesentlich zu einer hohen Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer ganzen Stadtregion bei. Sowohl der laufende Betrieb als auch die Investitionen in den öffentlichen Verkehr stellen die Städte dabei vor große finanzielle Herausforderungen. „Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Wir tragen die gesellschaftliche und politische Verantwortung. Unsere Handlungsmöglichkeiten sind aber sehr beschränkt“, so Luger und meinte weiter: „Der Verkehr hat meist überregionale Ursachen und Auswirkungen, leider ist die überregionale Mitfinanzierung bei der Bewältigung jedoch noch mangelhaft. Es hilft auch nichts, wenn der Verkehr innerhalb einer großen Kommune gut funktioniert, aber die Umfeld- und Umlandbeziehungen kompliziert sind.“

Einen Blick in die Schweiz ermöglichte Reto Lorenzi, Leiter der Sektion Verkehrspolitik des Schweizer Bundesamtes für Raumentwicklung. Das Problem sei, dass die Bevölkerung zunehme und die Zersiedlung voranschreite. „Ein Viertel der Gebäudeflächen der Schweiz liegt außerhalb der Bauzonen“, so Lorenzi. Dem Problem könne man nur entgegenreten,

wenn man Siedlungsgebiete begrenzt und die Siedlungsentwicklung auf urbane Räume und damit den öffentlichen Verkehr ausrichtet. In der Schweiz wurde daher ein Fördertopf für den Ballungsraum-Verkehr geschaffen – als Grundbedingung für die Mittelzuweisung muss ein Agglomerationsprogramm für eine Stadtregion vorgelegt werden. Wichtig sei auch das Thema „Wettbewerbsselemente“. Der Bund finanziere nicht alles, sondern schaffe Wettbewerb, indem man nur die besten Programme finanziert. Es gäbe auch die Möglichkeit, die Programme zurückzuweisen. Es gäbe eine Beurteilung unabhängig vom Verkehrsträger, einfach streng nach Wirksamkeit. Das ist auch ein Anreiz, nicht zu teure Programme zu produzieren, sondern sich auf die wirksamsten Maßnahmen zu beschränken.

Es fehlen klare Kompetenzregelungen

Mit der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs hat sich Manuel Köfel, Mitarbeiter des KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung beschäftigt: „Der Zuschussbedarf der Städte und Gemeinden im öffentlichen Personennahverkehr hat sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Insbesondere die großen Städte, welche auch über ein Straßenbahn- oder O-Bus-Netz verfügen, sind hier besonders betroffen.“

Die für den öffentlichen Verkehr bereitstehenden Mittel aus dem Finanzausgleich sowie aus den Sonderfördertöpfen

reichen nicht aus, um eine ausreichende Finanzierung im städtischen öffentlichen Verkehr zu gewährleisten. Es fehlen auch klare Kompetenzregelungen im Zusammenhang mit dem städtischen Nahverkehr, so Köfel.

Ein Stichwort, das oft vorkomme, sei der aufgabenorientierte Finanzausgleich. Auch hier wäre es sinnvoll, dass Städte, die öffentlichen Verkehr betreiben, im Rahmen des Finanzausgleichs auch Mittel für den öffentlichen Verkehr bekommen sollten. Das könne realisiert werden, indem man an vorhandene Regelungen andockt oder größere Reformen im Finanzausgleich macht, wo zum Beispiel der öffentliche Verkehr ein Kriterium wäre, nach dem die Mittel zu verteilen sind.

Und die Städte könnten auch selber etwas machen, indem sie versuchen, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen: z.B. eine City Maut, Parkraumbewirtschaftung oder Interessentenbeiträge (nach Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer) wären denkbar. Man könnte aber auch Grundstückseigentümer oder Gewerbetreibende in irgendeiner Form steuerlich oder abgabentechnisch belasten, weil auch sie vom öffentlichen Verkehr profitieren, der in Städten stattfindet. Das könnte aber auch durchaus zeitbeschränkt sein. Wenn man Mittel für eine Anfangsinvestition braucht, könnte man, solange ein allfälliger Kredit zurückgezahlt werden muss, Interessentenbeiträge einheben. Wenn die Finanzierung dann abgeschlossen ist, könnte man diese Bei-



träge wieder abschaffen. Das ist auch den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber kommunizierbar, wenn man sagt: „Wir bauen diese Leistung aus, und deswegen müssen wir jetzt kurzfristig etwas einheben.“ Und wenn das ausfinanziert ist, ist diese Einhebung auch nicht mehr notwendig.

„Für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung städtischer Nahverkehrs-Angebote bedarf es einer gesicherten Basisfinanzierung und geeigneter Finanzierungsinstrumente – diese sind derzeit nicht gegeben“, sagte Martin Baltes, Geschäftsführer der Innsbrucker Verkehrsbetriebe und stellte das vom Österreichischen Städtebund mitentwickelte „Umweltverbund-Ranking- und -Bewertungs“-Modell vor, das eine faire und transparente Reihung von Infrastrukturprojekten im Hinblick auf deren Kofinanzierung durch den Bund ermöglichen soll. An der Überarbeitung der derzeitigen Verkehrsinfrastruktur-Finanzierung führt kein Weg vorbei. Ziel ist mehr Transparenz, eine Entflechtung der Finanzströme und damit eine effizientere Mittelverwendung, um so sicherzustellen, dass Mobilität für jeden und jede leistbar bleibt.

„Es wird in Österreich sehr, sehr viel Geld für den öffentlichen Nahverkehr

ausgegeben“, so Baltes. Aber die Finanzierungsströme aus dem Finanzausgleich bzw. die Finanzierung in den Bundesländern könne man aufgrund der Komplexität kaum mehr nachvollziehen – von objektivierbaren Kriterien ganz abgesehen.

„Wenn wir die Herausforderungen des Wachstums in Ballungsräumen und den damit verbundenen Anstieg an EinwohnerInnen und Arbeitsplätzen sowie die entsprechenden stadtspezifischen Problematiken annehmen, wir aber gleichzeitig auch die umweltpolitischen Ziele einhalten wollen, dann werden wir das nicht hinkriegen, wenn wir nicht sofort die Mittel, die schon da sind, anfangen zu sortieren und Kriterien dafür vorsehen, nach denen wir sie verwenden möchten.“ Das war der Grund, warum beim Städtebund die Initiative ergriffen wurde und das Umweltverbund-Ranking- und -Bewertungs-Modell vorgeschlagen wurde (Näheres unter www.staedtebund.gv.at).

Mit der Frage „Welches Angebot Österreich im öffentlichen Verkehr braucht“ hat sich eine Arbeitsgruppe des Bundes unter der Leitung des Landes Salzburg befasst. Die ersten Ergebnisse präsentierte der Leiter der Arbeitsgruppe, Christian Nagl, Landesbaudirektor aus

Moderator Willy Raimund, Österr. Energieagentur, Klaus Luger, Linzer VzBM, Reto Lorenzi, Schweizer Bundesamt für Raumentwicklung, Martin Baltes, Innsbrucker Verkehrsbetriebe, Manuel Köfel, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, Christian Nagl, Landesbaudirektor Salzburg. (v.l.n.r.).

Salzburg. Unter anderem arbeite man derzeit an einem Modell zur Sicherung der flächendeckenden Mindesterschließung im öffentlichen Verkehr.

„Das Ziel wäre, gemeinsame Kriterien festzulegen, wie in Zukunft der öffentliche Verkehr in Österreich organisiert werden könnte. Das heißt: Bedienungshäufigkeiten zu definieren, Verbindungshäufigkeiten zu definieren, und dann die Frage zu beantworten: Was sind die Konsequenzen daraus? In Österreich investieren wir wirklich sehr viel Geld in den öffentlichen Verkehr. Das Ziel ist, diese Investitionsmittel – sowohl in den Betrieb, in die Bestellung als natürlich auch in die Infrastruktur, wobei es hier eher um den Betrieb geht – noch zielgerichteter und noch effizienter einzusetzen. Und das Ziel ist auch, die finanziellen und strukturellen Auswirkungen aufzuzeigen und das dann auch abzuarbeiten.“

Diskussion um Kooperationen und Fusionen



Über die Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben der Städte und Gemeinden debattierte der Arbeitskreis 2 und stand ganz im Zeichen der Finanzierung kommunaler Leistungen. Diskutiert haben Henrik Rainio, Direktor des finnischen Städte- und Gemeindebunds, Andreas Mandlbauer, Direktion für Landesplanung des Landes Oberösterreich, Elisabeth Blanik, Bürgermeisterin von Lienz und Karoline Mitterer vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung.

Unter dem Titel „Steuerung und Finanzierung lokaler und regionaler Aufgaben“ stand der Arbeitskreis 2 ganz im Zeichen der Finanzierung kommunaler Leistungen.

Dabei wurde zunächst der Stand der Debatte zur Stadtregionpolitik in Österreich erörtert: Welche Aufgaben sollen alle Gemeinden erledigen, welche nur die zentralen Orte? Anhand internationaler Beispiele wurde diskutiert, wie regionale Aufgaben zu steuern und zu finanzieren sind.



Henrik Rainio, Direktor des finnischen Städte- und Gemeindebunds, erläuterte die Frage von Gemeindekooperationen anhand einer radikalen Reform in Finnland: Finnland, das zuletzt insgesamt 320 Gemeinden zählte, steht vor einer radikalen Strukturreform: Die Gemeinden sollen bis 2015 – nach Empfehlung einer Arbeitsgruppe zur Gemeindestruktur –

durch Zusammenlegungen am finnischen Festland auf 66 Gemeinden reduziert werden. Die Strukturreform war notwendig, weil die Gemeinden in einer schlechten Finanzlage sind, zudem die Bevölkerung immer mehr altert und eine starke Stadtflucht zu verzeichnen ist. Die schlechte Finanzlage der Gemeinden verschärfte die Situation. Das Ziel der Reform ist, die Produktivität in den Gemeinden zu verbessern und die Arbeit besser zu organisieren, so Rainio, der dann auch erklärte, wie sich finnische Gemeinden finanzieren: „Die Gemeinden sind diesbezüglich sehr autonom: circa 45 Prozent der Einnahmen sind Steuereinnahmen, circa 20 Prozent der Einnahmen sind staatliche Zuweisungen. In Zukunft möchte man diese staatlichen Zuweisungen vermindern und die Rolle der eigenen Steuern vergrößern. Die Gemeinden wenden fast die Hälfte des ihnen zur Verfügung stehenden Geldes für Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen auf, ein Viertel entfällt auf den

Bildungssektor, und ein weiteres Viertel wird für andere Aufgaben aufgewendet. Die Lohnausgaben der Gemeinden belaufen sich auf fast 40 Prozent der Gesamtausgaben. In Zukunft möchten wir unsere Gemeinden immer mehr mit eigenen Steuern finanzieren.“ Heute würden die Gemeinden aus Steuerabgaben rund 20 Milliarden Euro bekommen, und durch die staatlichen Zuweisungen würden es um acht Milliarden mehr sein. Es gäbe auch ein Ausgleichssystem bei den staatlichen Zuweisungen: das heißt, jene Gemeinden, die geringere Steuereinnahmen haben, würden auch mehr Zuweisungen bekommen.



Über Möglichkeiten der interkommunalen Raumentwicklung sprach **Andreas Mandlbauer**, Direktion für Landesplanung des Landes Oberösterreich. Unter dem Titel „Neue Räume – Neue Chancen“ soll interkommunale Raumentwicklung in jenen Regionen gefördert werden, in denen ein erhöhter Planungsdruck besteht (also beispielsweise in Ballungszentren). Raumplanung und Verkehrsplanung sind Bereiche, in denen verschiedene Impulse gesetzt werden, um den interkommunalen Vernetzungsgedanken einzubringen. Dies wurde an Pilotprojekten illustriert.

Fazit aus den Projekten: „Wir haben derzeit drei Planungsebenen: den Bund, die Länder und die Gemeinden. Allein die Koordination, alle Informationen zur rechten Zeit an den richtigen Standort zu bringen, ist eine Herkulesarbeit, die ganz selten gelingt. Wir arbeiten aber daran, dass wir genau in diesen Prozessen besser werden“, so Mandlbauer und meinte weiter: Gemeinden und Land steuern gemeinsam die räumliche Entwicklung. Unsere Erkenntnis war, dass wir viel Verwaltungsaufwand durch das gegenwärtige System produzieren. Jede Gemeinde bringt sozusagen peu à peu kleine Änderungsanträge beim Land ein, und das Land muss ohne regionale Planungsvorgaben gemäß dem Raumordnungsgesetz entscheiden. So arbeiten wir Stück für Stück an einer räumlichen Entwicklung, die – gelinde gesagt – suboptimal ist. Wir

haben allerdings gesehen, was durch das Zusammenlegen der örtlichen Planungsvorstellungen ermöglicht werden kann.“

Sind radikale Reformen in Österreich möglich?

Über „Struktur, Steuerung und Finanzierung von kommunalen Aufgaben in Stadtregionen“ sprach **Elisabeth Blanik**, Bürgermeisterin von Lienz. Die Städte stehen weltweit unter Wettbewerbsdruck und Kooperationen sind der Schlüssel im Wettbewerb um die Zukunftsfähigkeit der Städte. Blanik brachte die Gebietsreform von Dänemark als Beispiel: mit dem Ziel, die dänischen Kommunen als konkurrenzfähige Investitionsstandorte innerhalb der Europäischen Union zu stärken, wurde die Anzahl der Gemeinden von 271 auf 98 reduziert, die nächste Verwaltungsebene wurde von 14 Kreisen auf fünf Regionen reduziert. Die angestrebte Mindestgröße der Gemeinden umfasst 30.000 EinwohnerInnen.

Ein weiteres Beispiel ist die Makroregion „Öresund Region“ mit 3,6 Millionen EinwohnerInnen und zwölf Universitäten (=The Öresund University). Ins Detail ging sie dann beim Beispiel Lienz/Osttirol. Als einer von insgesamt 34 Agglomerationsräumen in Österreich gibt es hier territorialräumliche Kooperationen mit 15 Gemeinden, politische Zusammenarbeit mit 33 Gemeinden, Standortkooperationen und themenorientierte Zusammenarbeit.



Elisabeth Blanik:

„Zu unseren Erfahrungen bisher: Die erste Erfahrung ist, dass all diese Zusammenarbeiten und Kooperationen extrem mühsam und sehr personenbezogen sind. Diese funktionieren dann, wenn eine Vertrauensbasis aufgebaut wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ein weiteres Problem ist, dass jede einzelne dieser Kooperationen quasi neu erfunden werden muss, und das ist vor allem von der Finanzierung her manchmal extrem mühsam. Ich persönlich empfinde diese Chance zu einer neuen räumlichen Identität als sehr spannend. Ich denke, nur durch verschiedenartige Kooperatio-

nen sind die Gemeinden – ich sage es jetzt einmal ganz hart – überlebensfähig. Und dieses schöne Bild vom Fischschwarm, das ich jetzt projiziere, zeigt: dieser schwimmt in eine Richtung und hat ein Ziel. Das stärkt das Vertrauen zueinander und das Ziel kann – wie ich glaube – schneller erreicht werden.“



Auch **Karoline Mitterer** vom KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung sprach sich für eine vermehrte Zusammenarbeit aus und stellte die aktuelle „Studie zu kommunalen Leistungen in Stadtregionen“ vor. Man müsse die Ausgangslage betrachten: „Menschen wohnen nicht dort, wo sie arbeiten, Menschen nehmen anderswo Dienstleistungen und Freizeiteinrichtungen in Anspruch. Das Beziehungsgeflecht zwischen den Gemeinden und Städten in einer Stadtregion ist also sehr komplex.“

Und dies würde sich im Speziellen auf die kommunale Leistungserbringung und die Finanzierung auswirken: Effizienzaspekte werden im jetzigen Finanzausgleich nur sehr bedingt berücksichtigt. Im klassischen Finanzausgleich – bei den Ertragsanteilen und bei den Umlagen – gibt es keinerlei Bezug zu Effizienzaspekten. „Außerdem wären Nutzerkreis und Financier nicht deckungsgleich. Das betreffe hauptsächlich zentralörtliche Aufgaben, aber durchaus auch kleinere Gemeinden, die ebenfalls Leistungen für andere Gemeinden erbringen.“

Rege Diskussion

Radikale Fusionen wie in Skandinavien – darüber wurde heftig diskutiert – seien in Österreich jedenfalls nicht so leicht umzusetzen, da der Finanzausgleich in einem föderalen Staat wie Österreich sehr komplex ist. Über einen Punkt waren die Diskutanten jedoch einig: Der Leidensdruck muss hoch sein, damit sich Städte und Gemeinden zu Kooperationen entschließen. Erst wenn – wie am Beispiel Lienz illustriert – die Abwanderung hoch ist und auch der finanzielle Druck steigt, ist die Bereitschaft für umfassende Zusammenarbeit gegeben. ■

Jugendbeteiligung in Städten

Im Arbeitskreis 3 wurde unter dem Titel „Kommunale Jugendarbeit – wie kann Partizipation gelingen?“ über Möglichkeiten diskutiert, Jugendliche in Entscheidungen der Gemeinden mit einzubinden.

Unter dem Vorsitz des Innsbrucker Gemeinderats Mesut Onay, der den dortigen „Ausschuss für BürgerInnenbeteiligung, Petitionen und Zivilgesellschaft“ leitet, diskutierten Nadja Maier von der steirischen Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung „beteiligung.st“, Maria Lettner von der Bundesjugendvertretung, Ingrid Putz vom Institut SORA-Institute for Social Research und der Schweizer Alex Haller, Bereichsleiter Kinder- und Jugendförderung vom Jugendamt der Stadt Bern.

Sabine Liebentritt, Geschäftsführerin von „bOJA“ – das bundesweite Netzwerk für offene Jugendarbeit in Österreich –, moderierte den Arbeitskreis.

Mesut Onay meinte, die wirklich spannende Frage sei, wie man der Vielfalt der jugendlichen Lebenswelten tatsächlich in den Beteiligungsprozessen Rechnung tragen kann? „Das ist wirklich auch der Knackpunkt, dem man sich immer wieder auch individuell annähern muss. Es gibt keine Pauschallösung, außer dass man es wirklich schafft, Identifikationen zu ermöglichen und Identifikationsprozessen einfach ihren Raum zu lassen“, so Onay: „Ohne Dialog und Kommunikation geht es einfach nicht. Das ist der wesentliche Aspekt, wenn man von Partizipation redet. Nicht nur um einfach etwas in die Wege zu leiten, sondern wirklich in einen Dialog zu treten und das ernst zu nehmen. Und vor allem im Dialog zu bleiben.“

Auch **Nadja Maier** beschäftigte sich mit der Frage „Wie kann Partizipation gelingen?“ und gab folgende Tipps: „Schauen Sie einfach, dass Sie Interessierte und Betroffene, also wirklich alle, zu Mitwirkenden machen. Es müssen alle Dialogpartner und -partnerinnen im ganzen Prozess gleichwertig vertreten sein und ernst genommen werden. Und wenn Sie auch Kinderbeteiligung wollen, so diskutieren Sie selbst in der Gemeinde einmal, auch im Gemeinderat, ob das vorstellbar ist, so einen Beteiligungsprozess durchzuführen.“ Am sinnvollsten sei es, wenn man wirklich alle Kanäle einschaltet und auf die Jugendlichen zugeht. „Alle Kanäle: damit meine ich, zu schauen, welche Netzwerke es schon gibt in der Gemeinde oder in der Stadt, und dass einfach wirklich alle versuchen, mitzumachen und die Jugendlichen anzusprechen und eine offene Einladung auszusprechen: ‚Wir haben etwas vor, wir wollen ein Beteiligungsprojekt machen, so schaut das aus, wollt ihr mitmachen?‘“, so Maier.

Alex Haller zollte zunächst großen Respekt, dass er in ein Land geladen werde, in dem Jugendliche bereits mit 16 Jahren wählen dürften. In Bern gebe es zahlreiche Initiativen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voranzutreiben, da es eine große Abwanderung junger Familien gebe. Die Alterspyramide in Bern gleicht damit einem Tannenbaum: eine sehr geringe Anzahl von Unter-20-Jährigen (knapp 20.000) steht einer hohen Anzahl von Personen über 20 Jahren gegenüber,

die sich nach oben wieder verjüngt. Diesen Trend zu stoppen und den „Lebensraum Stadt für Kinder, Jugendliche wieder attraktiv zu machen“, war die Ausgangssituation für ein umfassendes Konzept der Stadt Bern. Ein Element ist etwa das Kinderparlament, das allen Kindern zwischen acht und dreizehn Jahren offensteht. In zwei bis drei Sitzungen jährlich werden Ideen und Vorschläge diskutiert, mittels „Jugendmotion“ können mit einer Unterschrift von 40 Jugendlichen auch Petitionen im Gemeinderat diskutiert werden.

„Wir können keine stellvertretende Partizipation akzeptieren! Fragen wir doch die Kinder selbst! Wir agieren nicht als Agenten der Kinder und Jugendlichen, sondern wollen sie selbst beteiligen“, so Haller.

Jugendliche nicht politikmüde

Ingrid Putz präsentierte eine aktuelle Studie des Instituts SORA, aus der hervorgeht, dass Jugendliche grundsätzlich von Demokratie überzeugt sind, das Wählen für wirkungsvoll gehalten wird, aber NGOs für Jugendliche attraktiver sind als politische Parteien. Wenn Politik, dann müssen die Themen nahe an der Lebensrealität sein. Wenn Jugendliche erfahren, dass sie ernst genommen werden, und ein Ergebnis oder Erfolg absehbar ist, dann beteiligen sie sich auch gern. Die Bindung an eine Partei ist jedoch ein Minderheitenprogramm und wird zum Phänomen der Elitenbildung.

„Es gibt Jugendliche, die von sich selber meinen, sie stünden eher auf der Verlierer-



seite in der Gesellschaft. Diese Jugendlichen sind viel weiter weg davon, sich politisch zu engagieren und haben eine viel größere Skepsis, dass sie für sich selbst etwas bewirken können. Was sich auch zunehmend zeigt, ist, dass Jugendliche sehr stark auf ihre Gleichaltrigen reflektieren, also diese sogenannte Peer-Group-Sache. Jugendliche orientieren sich einfach an anderen Jugendlichen“, so Putz. Partizipation auf kommunaler Ebene, meinte Putz, sei ein wichtiger Beitrag für die Stärkung der generellen politischen Partizipationsmöglichkeiten in der Schule (SchülerInnenvertretung, Schulzeitung). Im Vergleich zu anderen Institutionen genießen KommunalpolitikerInnen das größte Vertrauen unter jungen Menschen. „Die Frage, die sich Jugendlichen stellt, ist oft, wo sie sich aufhalten können und das machen können, was sie ‚wollen‘, also: Wo werden sie nicht beobachtet oder nicht in einem negativen Sinne unter Beobachtung gehalten? Wo können sie sein und werden

nicht weggeschickt – was die Erfahrung dann leider zeigt – oder gar verjagt, weil sie mit ihrem Verhalten oder dem, was sie da tun, vielleicht den Erwartungen von Erwachsenen oder den Wünschen bestimmter Erwachsener nicht entsprechen?“, so Putz.

Auf die Besonderheit, dass in Österreich Jugendliche schon ab 16 Jahren wählen können, ging auch **Maria Lettner** von der Bundesjugendvertretung ein, ein Unikat in Europa. „Die Kommune als konkretes Lebensumfeld ist ein wichtiger gesellschaftlich-politischer Lernort für junge Menschen. Wie andere auch müssen Jugendliche zur Partizipation motiviert und befähigt werden“, so Lettner, wozu ein gutes Angebot ebenso beitrage wie funktionierende Vernetzungsstrukturen und die Durchführung von Trainings und Workshops.

Jim Lefebvre, Vorsitzender der Bundesjugendvertretung referierte zum Thema

Nadja Maier, „beteiligung.st“,
Mesut Onay, Vorsitz Innsbrucker
Gemeinderat, Sabine Liebentritt,
„bOJA“, Jim Lefebvre,
Bundesjugendvertretung, Ingrid
Putz, SORA (v.i.n.r.).

„Jugendbeteiligung findet Stadt“ und wies auf den Peer-Group-Effekt hin: „Jugendliche stecken andere Jugendliche mit den eigenen Überzeugungen an. Da reichen zwei, drei MeinungsmacherInnen oder einfach nur Jugendliche, die sich gerne in Jugendzentren oder Vereinen engagieren. Dann ist das häufig ein Selbstläufer: das wird attraktiv und spricht sich dann auch sehr schnell herum.“ Und in der Gemeinde wäre es sehr wichtig, dass „man zumindest einen Gemeinderat abstellt, der auf Jugendliche zugeht, sich wirklich der Meinung der Jugendlichen annimmt und diese Meinungen dann auch aktiv in die Politik einbringt“, betonte Lefebvre. ■

Qualifikation und Bildung als Schlüsselfaktoren der Zukunft

Angeichts ausständiger Reformen im Bildungsbereich ist es unabdingbar, dass Städte und Gemeinden aktiv einen eigenständigen Beitrag zu einem zukunftsfähigen Bildungssystem leisten. Im Arbeitskreis 4 präsentierten ExpertInnen Lösungsansätze.

„Um neue Wege in der Bildungspolitik gehen zu können, sind dringend neue Strukturen erforderlich – da ist die Politik gefordert, zu reagieren. Solange keine Ganztagschule beziehungsweise eine gemeinsame LehrerInnen-Ausbildung umgesetzt ist, wird sich nichts ändern“, sagte **Nikolaus Glattauer** – Lehrer, Autor und

v.l.n.r.: Nikolaus Glattauer (Autor), Detlev Eisel-Eiselsberg (Grazer Bildungsstadtrat), Wolfgang W. Weiß (dt. Bildungsberater), Herbert Just (Abt. Bildung Graz), Barbara Toth (Falter), Tanja Wehsely (Wiener Gemeinderätin)

Kolumnist – im Rahmen des Arbeitskreises 4 zum Thema Bildung beim 63. Städtetag in Wels.

Kinder werden noch immer in denkmalgeschützten Gebäuden, die zu 30 Prozent aus Gängen bestehen, unterrichtet: dies sei weder zeitgemäß noch zukunftsorientiert. Die Bildungschancen und Zukunftsperspektiven sind in Österreich sehr stark durch die soziale Herkunft determiniert. Die frühzeitige Separierung in der Schullaufbahn und eine geringe Durchlässigkeit bewirken, dass zu viele junge Menschen ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. „Früher hat es für Kinder, die in Sprachen nicht wahnsinnig talentiert wa-

ren, Jobs gegeben, heute gibt es diese Jobs nicht, und wir haben das Problem, dass wir noch dazu – und das wird auch viel zu wenig angesprochen – die entsprechenden Vorbilder in den Elternhäusern nicht mehr haben. Früher hat man gesagt: Dieses Kind ist zwar kognitiv nicht so wahnsinnig gut, hat aber einen Vater, der ihm vorzeigt, wie man ganz begeistert beispielsweise Tischler oder Eisenbahner sein kann. Unsere Kinder sind hingegen zum Großteil entwurzelt“, so Glattauer. Die durch gescheiterte Bildungsprozesse ausgelösten Kosten sind enorm und erfordern aufwändige sozialpolitische Reparaturen. Die Folgen werden zuallererst auf kom-

munaler Ebene sichtbar: Zunahme gesellschaftlicher Spannungen, versiegende Kreativität und nicht zuletzt wirtschaftliche Stagnation. Angesichts dieser Entwicklung ist es unabdingbar, dass Städte und Gemeinden aktiv einen eigenständigen Beitrag zu einem zukunftsfähigen Bildungssystem leisten.

Der Rat aus der Praxis: „Die ganztägige Schulform ausbauen, die Schulkasernen abreißen und dann mischen. Der Schulcampus – der teilweise nicht auf rechtlich fundiertem Boden steht – ist natürlich eine gute Lösung. Kinder kommen dort in den Kindergarten, lernen schon die Volksschulen kennen, es gibt eine entsprechende Mischung und einen entsprechenden Informationsaustausch. Dann gibt es eine gemeinsame Mittelstufe – und dann wird die weitere Entscheidung getroffen. Mit der dualen Berufsausbildung haben wir in Österreich relativ gute Erfolge. Das sollte ausgebaut werden. In der Politik überlegt man, die Polys abzuschaffen. Das wäre genau der falsche Weg! In Wirklichkeit müsste man das Poly für alle Schülerinnen und Schüler machen, auch für jene auf den Gymnasien“, erklärte Glattauer.

„Sozialer Wandel sowie demografische und regionale Unterschiede erfordern neue Steuerungsstrukturen in der Bildungspolitik. Eine Dezentralisierung hin zur Bildungsverantwortung auf kommunaler Ebene und Eigenverantwortung der Schule ist sinnvoll“, erklärte **Wolfgang W. Weiß**, deutscher Kultur- und Bildungsberater, der im Rahmen des Arbeitskreises auch ein von ihm entwickeltes „Gutachten zu kommunalen Bildungslandschaften“ vorgestellt hat. Es gäbe ein Auseinanderdriften unterschiedlicher regionaler Bildungs-Bedürfnisse, die eine Zentralbehörde nicht mehr steuern könne. Erweiterte Zuständigkeiten und Kompetenzen für Kommunen seien wichtig, um den Bildungsauftrag erfüllen zu können.

„Das heißt: nicht die Zentrale, also die Länder oder gar der Bund, sondern die Kommunen vor Ort wissen Bescheid, was zu tun ist, und zwar vor allem im Hinblick auf den beruflichen Bereich, der meist bei der Bildungspolitik vernachlässigt wird. Das ist aber entscheidend, damit man nicht in die Schere kommt, dass die

einen keine Ausbildung haben und andererseits die Fachkräfte fehlen. Das ist der Hauptpunkt der Bildungspolitik, wo etwas geschehen muss“, so Weiß und es müsse gelten: „Gestalten statt Verwalten, Kommunalisierung und Gesamtverantwortung des Staates.“

Detlev Eisel-Eiselsberg, Grazer Bildungsstadtrat, konstatierte: „Städte und Gemeinden, insbesondere die Städte, sind im Bildungsbereich mit vielen Entwicklungen konfrontiert. Waren bis vor wenigen Jahren die Städte mit sinkenden EinwohnerInnenzahlen konfrontiert, so ist nun eine gegenläufige Tendenz zu konstatieren. Die Bildungsräume wachsen, die ländlichen Regionen drohen bevölkerungsmäßig auszudünnen. Der Urbanisierungstrend wird durch MigrantInnenströme verstärkt. Die Wirtschaftskrise der letzte Jahre hat eindeutig gezeigt: Qualifizierung ist ein wichtiger Krisentöter. Das bedeutet aber auch wachsende Anforderungen an die Pädagogik.“

Die große Herausforderung der Städte als Schulhalter läge unter anderem in der Wendigkeit. Schulen, Eltern, Kinder und Wirtschaft verlangen heute nach neuen Unterrichtskonzepten wie auch ganztägigen Betreuungsangeboten. Neue Methoden bedeuten gleichzeitig einen wachsenden Bedarf an neuem Schulraum. Bildung sollte somit auf eine Stadt treffen, die Chancengleichheit sowie eine Vielfalt an Bildungsmöglichkeiten auf allen urbanen Ebenen ermöglicht.

In weiterer Folge stellte Eisel-Eiselsberg die Bildungsstrategie der Stadt Graz vor, die ExpertInnen aus unterschiedlichen pädagogischen Bereichen sowie der Hochschulen, Industrie, Wirtschaft sowie diverser Trägervereine mitgestaltet haben. „Ziel des Bildungsplans ist vor allem Chancengleichheit und der Erwerb möglichst hoher Qualifikationen durch möglichst viele Menschen. Neben der Verschränkung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ist uns auch die Einbindung des Integrationsresorts gelungen“, so der Bildungsstadtrat.

Herbert Just, Leiter der Abteilung für Bildung und Integration in Graz, zeigte die Handlungsfelder kommunaler Bildungspolitik auf und betonte die Vorteile einer

chancengerechten Bildungsstruktur. Er beschäftigte sich mit der Frage: Was können Städte tun, um ihrem Auftrag zur Sicherung unserer Schlüsselfaktoren für ein soziales Gemeinwesen nachzukommen?

„In Österreich ist die Tendenz im gesamten Bildungswesen und vor allem im Schulwesen eine klare Sache: Es gibt einerseits eine starke Zentralisierung, verbunden mit immer mehr Kompetenzen, wodurch die regionalen Ebenen geschwächt werden. Es soll nur mehr Bundesverwaltung in den Ländern und die einzelnen Schulstandorte geben. Auf die Kommunen wird dabei meist vergessen.“

Und was haben Städte bisher getan?

„Sie betreiben eine sehr intensive Politik im Bereich der Kinderbildung und -betreuung. Sie betreiben eine sehr intensive Schulverwaltungspolitik. Sie kümmern sich mehr oder weniger gut um die Ausbildung im Berufsweg. Sie versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen, aber es gibt bis jetzt noch nicht einmal in Ansätzen ein Gesamtbild einer kommunalen Bildungsstrategie“, so Just. Die Schulverwaltung sollte nicht länger als Hausmeistertätigkeit aufgefasst werden, sondern in Richtung Gestaltung des gesamten Themas „Bildung“ und in Richtung Gesamtsteuerung auf kommunaler Ebene gehen. „Dabei ist klar, dass jede Kommune für sich selbst entscheiden muss, welche Strategien sie dabei entwickelt“, sagte Just.

Die Wiener Gemeinderätin **Tanja Wehsely** sprach sich für mehr Chancengleichheit aus und präsentierte den Qualifikationsplan Wien 2020, der die Verringerung formal gering qualifizierter ArbeitnehmerInnen zum Ziel hat. „Dabei geht es vor allem insbesondere um das Bildungsgelingen am Übergang zwischen Schule und Beruf: also darum, wie die Schulpflichterfüllung und die Berufsausbildung in einer Lehre, überbetrieblichen Lehre beziehungsweise das Weiterlernen zu gestalten ist.“

Dabei erfolge eine Vernetzung von Bildung und Schule gemeinsam mit dem Arbeitsmarkt. „Darauf haben wir uns sozusagen gestürzt, um die Nahtstellen beziehungsweise Übergänge zu gestalten und die Jugendlichen an dieser Stelle zu unterstützen“, so Wehsely. ■



Markus Wache

Sicherheit und Lebensqualität in Städten

Der fünfte Arbeitskreis war dem Thema Sicherheit in Städten gewidmet. Sicherheit ist ein wichtiges Grundbedürfnis der Bevölkerung und beeinflusst unmittelbar die Lebensqualität und die Wohnzufriedenheit.



Sicherheit ist ein sensibles Thema und erfordert daher hohes Verantwortungsbewusstsein von allen, die in den Städten aktiv tätig sind. Im Arbeitskreis wurde das Thema sehr umfassend diskutiert: die Bandbreite der Beiträge reichte daher von der Stadtgestaltung und -planung über soziale Fragen bis zur Etablierung von Kontrollorganen.

Unter dem Vorsitz von Matthias Stadler, Bürgermeister von St. Pölten, diskutierten Lilian Blaser vom Schweizer Städteverband, Udo Häberlin von der Planungsabteilung MA 18 der Stadt Wien, Christine Stelzer-Orthofer von der Johannes-Kepler-Universität Linz und Stadtrat Detlef Wimmer (Linz).

„Die Kriminalstatistik ist rückläufig“, betonte Universitätsprofessorin **Christine Stelzer-Orthofer**, doch das Thema eigne

sich dafür, für manche Gruppen Kapital zu schlagen: „Wir haben in Österreich laut letztem Kriminalitätsbericht eine rückläufige Gesamtkriminalität. Aber es wird immer auch versucht, damit Geld zu machen: sei es in ökonomischer Hinsicht oder sei es bei politischen Gruppierungen, die versuchen, aus gesellschaftlichen, konstruierten Ängsten bezüglich Kriminalität politisches Kapital zu schlagen. Ich denke, dass Sicherheit und Lebensqualität nur mit einem ausreichenden sozialstaatlichen Sicherungssystem, mit einem sozialpolitischen Engagement erreicht werden kann, und dass gute Sozialpolitik der Garant für Sicherheit und Lebensqualität ist“, so Stelzer-Orthofer.

Bürgermeister **Matthias Stadler** betonte: „Wir haben es in den Städten durch verschiedenste Entwicklungen mit sehr un-

terschiedlichen Lebensstilen und Lebensauffassungen zu tun. Im privaten Bereich führt das zu keinen Konflikten, aber im sogenannten öffentlichen Raum sehen wir verschiedenste Auswirkungen dieser verschiedenen Lebensstile, die aufeinanderprallen. Andererseits macht gerade die Heterogenität der Städte und der Bevölkerung in den Städten das Besondere am urbanen Lebensgefühl, an dieser Entwicklung aus.“ Es sei jedoch wichtig, übergreifende Angebote anzubieten, um frühzeitig Gefahrenpotential zu erkennen. „Wir stehen, wenn wir diesen Themenkomplex betrachten, sicherlich in einem eklatanten Spannungsverhältnis „Sicherheit / Lebensqualität“.

Sicherheitspolitik ist gleichzeitig auch Sozialpolitik – das eine lässt sich vom anderen nicht entkoppeln“, so Stadler. In der Stadtplanung sei es wichtig, „Angsträume“

zu entfernen. „Wir brauchen heute einen Ansatz, der den Sicherheitsbegriff breit und integral versteht und ebenso die Lebensqualität mitdenkt“, so Stadler abschließend.

Udo Häberlin argumentierte aus Sicht der Stadtplanung: „Wichtig ist für uns die Identifikation, dass die Menschen das Gefühl haben: es ist ihr Raum, ihr Platz in der Stadt, es ist ihre Straße, und dazu halten wir den Weg der Beteiligung für wichtig, also auch schon in der Planung bzw. im Planungsprozess die Bürgerinnen und Bürger einzubinden, damit dieses WIR-Identitätsgefühl entstehen kann. Je mehr Belebung im öffentlichen Raum stattfindet, umso besser ist es für die subjektive Sicherheit. Deshalb, denke ich, ist es wichtig, diesen Kreislauf zu beachten und positiv zu besetzen.“

Lilian Blaser fügte hinzu: „Sicherheit ist dynamisch und komplex und wird es auch bleiben. Sicherheit verändert sich laufend. Die Sicherheit zu garantieren, wird nicht einfacher. Wir sind der Überzeugung, dass es anspruchsvoller wird. Und da ist die Zusammenarbeit zwischen den Städten ungemein wichtig. Nur eine sichere Stadt ist auch eine lebenswerte Stadt. Sicherheit als Standortfaktor wird weiter an Bedeutung zunehmen. Und deswegen mein Appell: Sehen Sie Sicherheit nicht immer nur als ein Problem, sondern Sicherheit kann auch eine Chance bieten, dass man etwas Tolles aus der eigenen Stadt macht.“

Detlef Wimmer schlug eine Doppelstrategie vor: einerseits das Sicherheitsgefühl zu heben, andererseits aber auch die objektiven Sicherheitsdaten zu verbessern

Detlef Wimmer, Linzer Stadtrat, Matthias Stadler, Bürgermeister St. Pölten, Lilian Blaser, Schweizer Städteverband, Christine Stelzer-Orthofer, Johannes-Kepler-Universität, Udo Häberlin, Stadt Wien, Moderator Christoph Kotanko (v.l.n.r.).

und die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. „Das Um und Auf dabei ist natürlich, die Situation zu kennen, die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen zu verstehen, und das Ohr bei den Bürgerinnen und Bürgern zu haben, wobei es in 80 bis 90 Prozent der Praxis ausreicht, auf eine Gesetzeslage, auf gewisse Bestimmungen hinzuweisen. Und nicht strafen oder anzeigen zu müssen, sondern einfach an die Vernunft zu appellieren.“ ■



Michaela Moser, Vz.-Präs. Armutsnetzwerk



Martina Schröck, BM-Stv. in Graz



Staatssekretär Reinhold Lopatka



Evelyn Regner, MdEP



Sozialminister Rudolf Hundstorfer



Zoltán Kazatsay, Europäische Kommission

EU-Kazatsay: „Eine verlorene Generation ist reale Gefahr“

Eine hochrangig besetzte Diskussion u.a. mit Sozialminister Hundstorfer, Staatssekretär Lopatka und EU-Kommissionsvertreter Kazatsay beendete den Städtetag 2013.

Mit einer hochkarätigen Podiumsdiskussion ist der 63. Städtetag zu Ende gegangen. Unter dem Titel „Soziale Krise in Europa – der österreichische Weg dazu“ diskutierten Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Arbeit und Soziales, Zoltán Kazatsay, Generaldirektor für Beschäftigung, Soziales und Integration bei der Europäischen Kommission, Reinhold Lopatka, Staatssekretär im Außenministerium, Michaela Moser, Vizepräsidentin des österreichischen Armutsnetzwerkes, Evelyn Regner, Abgeordnete zum Europäischen Parlament, sowie Martina Schröck, Bürgermeisterstellvertreterin in Graz.

Thema Jugendarbeitslosigkeit

Im Brennpunkt standen Fragen rund um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Die Jugendarbeitslosenquote der EU27 betrug im April 2013 23,5 Prozent. Zusammen mit Deutschland (7,6 Prozent) bildet Österreich (ebenfalls 7,6 Prozent) das positive Schlusslicht in diesem Ranking. Die höchsten Jugendarbeitslosenquoten innerhalb der EU27 haben Griechenland (59,1 Prozent), Spanien (55,9 Prozent), Italien (38,4) und Portugal (38,3), aber auch Staaten wie Schweden kämpfen mit über 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Was kann die EU, was können andere Mitgliedstaaten von Österreich lernen? „Österreich ist bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein Vorbild. Es bietet konkrete Programme an und hat die Brisanz dieser Frage erkannt“, konstatierte



der Vertreter der EU-Kommission, Zoltán Kazatsay: „Wenn man Länder wie Griechenland, Italien und Spanien anschaut, dann muss man sagen, dass hier eine verlorene Generation heranwächst. Das ist eine reale Gefahr“, so Kazatsay.

Wenig positiv sah in diesem Zusammenhang Staatssekretär Reinhold Lopatka die Situation: „Die Nettozahler in der EU werden in Zukunft mehr zahlen müssen als bisher, sonst wird die Jugendarbeitslosigkeit zu einem wirklichen Problem werden“, so Lopatka.

„Die EU kann viel dazu beitragen“, sagte EU-Abgeordnete Evelyn Regner: „Sie muss Geld in die Hand nehmen und das Budget für aktive Arbeitsmarktpolitik verdoppeln. Arbeitslose Jugendliche kosten nämlich letztlich dem Sozialstaat wesentlich mehr Geld – neben der sozialen Unterstützung geht ihr Einkommen letztlich auch der nachfolgenden Generation ab. Es ist eine Frage des politischen Willens. Wir wären bescheuert, den Ast abzuhacken, der uns versorgt“, formulierte Regner.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist das Zauberwort für die vergleichsweise positive Situa-



Fahnenübergabe an Graz zum Städtetag 2014

Am 7. Juni 2013 endete der 63. Städtetag 2013 in Wels. Zum Abschluss überreichte Peter Koits feierlich der Grazer Bürgermeisterstellvertreterin Martina Schröck die rote Städtebund-Fahne, da die Stadt Graz den nächsten Österreichischen Städtetag 2014 ausrichten wird. Das Datum steht bereits fest: 4. bis 6. Juni 2014.

tion in Österreich: Unter dem Motto „aktivierender Sozialstaat“ habe die Bundesregierung schon früh erkannt, dass es Geld brauche, um die Jugendlichen und SchülerInnen schon früh abzufangen. Insgesamt 640 Millionen Euro fließen laut Minister Hundstorfer in diesen Bereich, dazu kommen Investitionen auf Länder- bzw. Stadt-

und Gemeindeebene. Die Grazer Bürgermeisterstellvertreterin Martina Schröck betonte, dass es ein politisches Bekenntnis zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geben müsse. Aber auch auf kommunaler Ebene brauche es konkrete Projekte, um Jugendliche, die beispielsweise die Schule abgebrochen hätten und danach oft nicht

einmal einen geregelten Tagesablauf hätten, abzufangen. „Es ist wichtig, Jugendlichen Interesse entgegenzubringen und ihnen zu zeigen, dass sie ernst genommen werden. Jugendliche zu involvieren, ist auch wichtig für die lokale Politik“, betonte Michaela Moser vom österreichischen Armutsnetzwerk. ■



Krönender Abschluss des Städtetages: PodiumsdiskutantInnen mit Bregener Bürgermeister Markus Linhart und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger.

Weninger: „Kommunale Leistungen sind keine Spekulationsware“

Generalsekretär Thomas Weninger betonte im Abschlussbericht des Städtetages, dass Städte und Gemeinden leistungsstarke Dienstleister seien, die der Bevölkerung Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität garantieren.



Fotos: Markus Wache



Elisabeth Blanik, Lienzener Bürgermeisterin

In seiner Rede am 63. Österreichischen Städtetag in Wels hat der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Thomas Weninger, noch einmal zu den Leistungen der Städte bei der Daseinsvorsorge Bezug genommen: „Damit Wasser, Gas und Strom und alle übrigen Leistungen der Daseinsvorsorge nicht zu Spekulationsware werden, die sich nur reiche Leute leisten können: dafür stehen Österreichs Städte und Gemeinden als leistungsstarke Dienstleister. Sie ermöglichen Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stabilität und damit letztlich Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle – unabhängig von Einkommen und Vermögen“, betonte Weninger. Die Daseinsvorsorge fördere damit das demokratische Miteinander und sei damit ein wichtiger Teil dessen, was Solidarität ausmache.

Er erinnerte daran, dass Städte und Gemeinden nach wie vor der größte öffentliche Investor in Österreich seien und damit Wertschöpfung sowie Arbeit und Beschäftigung vor Ort sichern.

Gegen Privatisierung der Daseinsvorsorge

Das Verständnis für die öffentliche Daseinsvorsorge, so wie sie in Deutschland und Österreich gelebt wird, sei nur schwer mit allen Mitgliedsstaaten der EU in Einklang zu bringen. Zudem habe der Geist des Neoliberalismus seit den 90er-Jahren auch vor der Daseinsvorsorge nicht halt gemacht. „Wer die Daseinsvorsorge aus der Verantwortung der Rathäuser herauslösen will,

sorgt dafür, dass nicht mehr die Bürgerschaft bestimmen kann“, warnte Weninger. „Wer Daseinsvorsorge als Geschäftsfeld für Konzerne öffnen will, degradiert die Bürgerschaft zu bloßen Konsumentinnen und Konsumenten“, so Weninger. Und weiter: Wer auch auf Klimaschutz oder erneuerbare Energien umstellen will, braucht die kommunale Daseinsvorsorge. Nur wer das Steuerrad in der Hand hält, kann politisch steuern und gestalten“, erklärte Weninger. Kommunale Unternehmen verpulvern ihre Gewinne nicht. Sie



Matthias Stadler, Bürgermeister St. Pölten

investierten wieder ins Unternehmen. Anstatt in die Kassen der Aktionäre komme der Gewinn wieder den eigentlichen BesitzerInnen, der Bürgerschaft, zugute. Die historisch gewachsene Infrastruktur, die „Generationen vor uns nachhaltig aufgebaut haben, ist ein Schatz, den wir hüten und weiterentwickeln müssen“, sagte Weninger.

Zum Fiskalpakt führte er an, dieser zwingt nur zu einer realistischen Sicht auf die Einnahmen und Ausgaben: „Die Chance liegt in einer übergreifenden Diskussion darüber, welche öffentlichen Leistungen wir uns leisten wollen und wie viel



Klaus Luger, Linzer Vizebürgermeister

wir bereit sind, über Abgaben und Gebühren zu finanzieren.“

Häufig sei es jedoch so, dass Bund und Länder Verabredungen treffen, ohne Städte und Gemeinden einzubinden. „Wer von Stabilitätspakt, Ausgaben- und Schuldenbremse spricht, darf nicht eine Gebietskörperschaft mit neuen Aufgaben betrauen, ohne die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen“, so Weninger: „Städte sind Orte des Zusammenlebens. Hier entsteht Gesellschaft. Und dazu gehört auch eine dauerhaft abgesicherte Finanzierung der kommunalen Aufgaben“, so Weninger abschließend. ■



Mesut Onay, Vorsitz Innsbruck-Gemeinderat

Der 63. Städtetag in Wels ...



...eine Retrospektive in Bildern



Kaiser-Maximilian-Preis 2013 geht an Karl-Heinz Lambertz

Mit der Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises werden jährlich außerordentliche Leistungen von Persönlichkeiten und Institutionen aus dem Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet. Heuer ging diese Auszeichnung an Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Im Beisein von Landeshauptmann Günther Platter, Herwig van Staa (Landtagspräsident und Präsident der Regionen des Europarates sowie Vizepräsident des Ausschusses der Regionen der EU) und Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer nahm Karl-Heinz Lambertz am 8. Mai 2013 den Preis entgegen.

„Der Kaiser-Maximilian-Preis ist eine renommierte Auszeichnung für besondere Leistungen in der Regional- und Kommunalpolitik. Wir setzen damit ein deutliches Zeichen, dass wir die Eigenständigkeit der Politik auf diesen Ebenen im europäischen Kontext erhalten und stärken wollen“, bekräftigte Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer: „Es ist heute umso wichtiger denn je, dass wir in den Gemeinden, Städten und Regionen Demokratie zu den Menschen bringen. Es genügt nicht, nur von Europa zu reden, sondern es muss als Vision gelebt werden. Unser diesjähriger Preisträger Karl-Heinz Lambertz tut dies jeden Tag. Wir brauchen engagierte, couragierte und charismatische Persönlichkeiten wie ihn, die sich für Subsidiarität und Solidarität stark machen.“

„Diese Preisverleihung erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und Freude, aber auch mit ein bisschen Wehmut“, so Karl-Heinz Lambertz. „Es macht mich sehr stolz, dass ich mich in die ehrenvolle Reihe großer europäischer Politikerinnen und Politiker einreihen darf, die mit diesem Preis bisher ausgezeichnet wurden. Aber es führt mir auch vor Augen, dass meine politische Lebenserfahrung nun größer ist als meine politische Lebenserwartung“, scherzte der Kaiser-Maximilian-Preisträger. „Europa kann nur erfolgreich sein, wenn es den Wert der einzelnen Gebietskörperschaften

anerkennt und sie in die demokratischen Prozesse einbindet. Europa hat eine große Zukunft, wenn wir es schaffen, aus der aktuellen Krise herauszukommen.“

Handlungsbedarf ortet Lambertz vor allem bei der Aufarbeitung eines Demokratie-defizits und in der deutlicheren Anerkennung des Prinzips der Subsidiarität. Auch



LH Günther Platter, BM Christine Oppitz-Plörer, Karl-Heinz Lambertz, Ministerpräsident der Deutschspr. Gemeinschaft Belgiens in Begleitung seiner Frau Sylvie Lambertz-Palotas, Landtagspräsident Herwig van Staa (v.l.n.r.)

Multi-Level-Governance funktioniert seiner Ansicht nach noch zu oft nur auf dem Papier. „Am Ende jeder politischen Handlung muss für die Bürgerinnen und Bürger ein klares Ergebnis stehen. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Europarat kann sicherlich noch verfeinert werden“, so Karl-Heinz Lambertz. „Es muss unser Ziel sein, wieder Europa-begeisterung in der Bevölkerung zu schüren und einen spürbaren Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen.“

Der Preisträger 2013

Karl-Heinz Lambertz wurde 1952 in Amel (Belgien) geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Der Jurist war nach einem Assistenzposten ab 1988 Dozent an der Fa-

kultät der Rechte der Katholischen Universität Louvain-La-Neuve (UCL). Seine politische Laufbahn in Belgien begann er 1975 (Präsident des Rates der deutschsprachigen Jugend). Er gehört der Sozialistischen Partei (PS) an und war ab 1981 Mitglied des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (neben der Französischen und der Flämischen Gemeinschaft ein Gliedstaat des Bundesstaates Belgien). Nach verschiedenen Gemeinschaftsministerposten ist er seit 1999 Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Auf europäischer Ebene war Karl-Heinz Lambertz seit 2006 Generalberichterstatter für Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE) und ab 2007 Vorsitzender der Arbeitsgruppe für interregionale Zusammenarbeit. Von 2008 bis 2010 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden des KGRE-Ausschusses für Kultur und Bildung.

Seit 2010 ist er Leiter der belgischen Delegation im KGRE und Vorsitzender des Ausschusses für Governance. Im gleichen Jahr wurde er zum Präsident der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) gewählt und seit 2011 ist er zudem Vorsitzender der SPE-Fraktion im Ausschuss der Regionen (AdR). Spätestens seit 2008 galt sein Engagement in seiner Heimat unter anderem der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen im politischen Konflikt zwischen Flamen und Wallonen. Auf europäischer Ebene engagiert sich Karl-Heinz Lambertz für grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit, Multi-Level-Governance und regionale Autonomie.

19 kommunale Bodenschutzbeauftragte ausgezeichnet

GemeindevertreterInnen & GemeindebetreuerInnen aus sechs Bundesländern absolvierten den Bodenschutz-Lehrgang in Bleiburg und Bad Eisenkappel (Kärnten) sowie in der Ökoregion Kaindorf in der Steiermark.

Hochwässer und Erosionen zeigten in den vergangenen Wochen, wie wichtig der verantwortungsvolle Umgang mit Böden ist. Und wie wichtig die Rolle der Gemeinden dabei ist. In zwei zweitägigen Modulen lernten GemeindevertreterInnen beim Bodenschutz-Lehrgang des Klimabündnisses wo sie ansetzen können. Die Handlungsfelder reichten bis zu Ortskernbelebung, Leerstands-Management, Landschaftsgestaltung, Bio-Landwirtschaft, die verantwortungsvolle Nutzung von Mooren und Humusaufbau. Getestet und genauer unter die Lupe genommen wurden verschiedene Bodenbeläge. Ebenfalls praktischen

Anschauungsunterricht gab es bei einer Exkursion zum Projekt „CO₂-Recycling durch Humusaufbau und Biotop-Management“. Die wissenschaftliche Leitung lag auch heuer wieder bei Österreichs Top-Raumplanungsexpertin Gerlind Weber.

In Bad Eisenkappel in Südkärnten wurden 19 Kommunale Bodenschutzbeauftragte ausgezeichnet. Unter den AbsolventInnen: die Bürgermeister Fritz Loidl (Kaindorf) und Heinrich Karl Tomschitz (Deutsch Goritz), die Klima- und Energiemodellregions-ManagerInnen Heidrun Kögler (Kulmland) und Gerhard Pausch (Seeham) sowie Christina Morak (energie:bewusst Kärnten).

„Täglich werden in Österreich 22 Hektar Boden verbraucht – das sind 31 Fußballfelder. Die Hälfte davon wird versiegelt. Dadurch gehen landwirtschaftliche Böden verloren, die wir für die Herstellung wertvoller Le-

bensmittel brauchen. Auf der anderen Seite zerstören wir mit flächenfressenden Einkaufs- und Fachmarktzentren auch das Ortsbild und die Struktur unserer Gemeinden. Das große Interesse am Lehrgang zeigt, dass immer mehr Kommunen diese Entwicklung nicht mehr mitmachen wollen und auf regionale Kreisläufe und kurze Wege setzen“, so Martina Nagl vom Klimabündnis Österreich: „Jeder einzelne Mensch kann durch die Wahl der Ernährung und seinen Lebensstil den globalen Bodenverbrauch minimieren und die persönliche Lebensqualität steigern.“



300 AbsolventInnen in vier Klimabündnis-Lehrgängen

Das Klimabündnis bietet GemeindevertreterInnen insgesamt vier Lehrgänge. Neben dem Kommunalen Bodenschutzbeauftragten werden noch Kommunale Klimaschutz- und Mobilitätsbeauftragte ausgebildet. Neu ist der Lehrgang Urbaner Klimaschutz, der sich speziell an Städte richtet. Knapp 300 Personen haben diese Aus- und Fortbildung bereits genutzt. Der nächste Bodenschutzlehrgang startet Anfang 2014.

Der Lehrgang „Kommunale BodenschutzbeauftragteR“ wurde in Kooperation mit dem Lebensministerium, der Universität für Bodenkultur Wien, der Ökoregion Kaindorf, der Region Südkärnten, den Gemeinden Bleiburg und Bad Eisenkappel, den Ländern Kärnten und Steiermark sowie mit Allianz in den Alpen, Bodenbündnis, Bio Austria und energie:bewusst Kärnten abgehalten. Das Klimabündnis wurde 1990 in Frankfurt am Main von VertreterInnen aus zwölf Kommunen (aus Ö, D & CH), Delegierten von sechs indigenen Organisationen sowie VertreterInnen 15 weiterer Organisationen (Unis, NGOs, etc.) gegründet. Parallel zum Aufbau des European Secretariat des Klimabündnisses in Frankfurt am Main entstanden in mehreren Ländern auf regionaler bzw. nationaler Ebene Koordinationsstellen. Mittlerweile ist das Klimabündnis in 18 Ländern Europas aktiv.

Sabine Kinz (Klima- und Energiemodellregionsmanagerin FEnergiebereich, Kärnten).

Teilnehmerbild des Plattformtreffens
„Kommunales Facility Management“



6. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ in Leonding

Auf Initiative von Helmut Pimpl (YIT Austria) und Peter Kovacs (MA 34 – Bau- und Gebäudemanagement) fand am 4. Juni 2013 das 6. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ im Stadtsaal der Stadtgemeinde Leonding statt.

Bei diesem Treffen konnten neben den beiden Initiatoren und diversen Vertretern von FM-Organisationen österreichischer Städte und Gemeinden, auch Roland Falk und Christoph Furtmüller von der Stadt Leonding sowie Hardwig Wilfinger von der Facility Management Austria (FMA) begrüßt werden. In Vorträgen der Vertreter der Stadt Leonding wurde die Einführung des Facility Managements der Stadt Leonding vorgestellt, aber auch die Wege der Stadt Leonding im Umgang mit Energiemonitoring und Energiemanagement und die Implementierung in ein CAFM (Computer-Aided Facility Management)-System aufgezeigt. Einen weiteren Schwerpunkt der Vorträge bildeten generelle Themen des Kommunalen Facility Manage-

ments. So wurden von Helmut Pimpl die notwendigen ersten Schritte zur Einführung eines Energie- und Umwelt-Masterplans für Kommunen präsentiert. Weiters wurde über die laufenden Aktivitäten des Netzwerkes der Facility Management Austria (FMA) im Bereich des Kommunalen Facility Managements berichtet und die von der Facility Management Austria (FMA) unterstützte Erstellung der „Leitlinien für ein nachhaltiges FM in der Betriebs- und Nutzungsphase“ sowie die „Richtlinie GEFMA FMA 190 - Betreiberverantwortung“ kurz vorgestellt.

Die Leondinger Freizeitbetriebe

Berichtet wurde auch über den Stand der Aktivitäten des Österreichischen Städte-

bundes im Bereich des Kommunalen Facility Managements. Neben den Vorträgen bildete auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern einen wesentlichen Inhalt des Plattformtreffens. Bei der Objektbesichtigung der „Leondinger Freizeitbetriebe“ konnte man sich von der Erneuerung des Energiesystems mit einer komplexen Nutzung von Überschusswärme aus haustechnischen Anlagen und Sonnenenergie überzeugen und Einblick in die ganzheitlichen Tätigkeiten der technischen Betriebsführung nehmen. Das 7. Plattformtreffen „Kommunales Facility Management“ ist für November 2013 geplant.

Peter Kovacs (MA 34)

„Youthpower 4 Wels“ geht in die sechste Runde

Auch im Sommer 2013 bietet die Stadt Wels wieder das erfolgreiche Jugendprojekt „Youthpower 4 Wels“ an. Das Konzept versteht sich als Beitrag zur sinnvollen Beschäftigung von Welser Kindern und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren an Hand interessanter Tätigkeitsbereiche in den Sommerferien.

Einerseits sollen die Jugendlichen Einblick in das Arbeitsleben bekommen. Zum anderen soll ihnen die Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft vor Augen geführt und so die soziale Kompetenz der jungen Menschen gestärkt werden. Für die Mithilfe in verschiedenen Vereinen, Organisationen und Unternehmen bekommen die jungen Helferinnen und Helfer Punkte in einen Pass eingetragen. Diese können am Ende des Projektes – und zwar am Mittwoch, 4. und Donnerstag, 5. September von 10 bis 12 Uhr – in der Dienststelle Jugend gegen Belohnungen eingetauscht werden. Die Belohnungen reichen von Einkaufsgutscheinen über Eintrittskarten (Welldorado, Stadttheater, PS-Show, usw.) und Trainingseinheiten in Vereinen (Tennis, Minigolf, Reiten, Fechtclub, Golfclub, Kartbahn, usw.) bis hin zu

Sachpreisen aller Art, gesponsert von mehr als 30 Unternehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nehmen bei der Abholung der Belohnungen an einem Gewinnspiel teil, bei dem es attraktive Sachpreise und weitere Gutscheine zu gewinnen gibt. „Zudem haben die Jugendlichen aber auch einen noch viel wertvolleren Gewinn: Nämlich die Erfahrung, freiwillig tätig gewesen zu sein. Denn von genau diesen ehrenamtlichen Tätigkeiten profitieren sowohl die Jugendlichen als auch die Mitglieder unserer Gesellschaft“, betont Jugendstadträtin Silvia Huber.

Viele interessante Events

Neben den altbewährten Tätigkeiten in Welser Altenheimen, in den Kindergärten und im Tierheim warten dieses Jahr auch wieder die verschiedensten Beschäftigun-

gen wie beispielsweise in der Kletterhalle, beim Golfturnier des Golfclub Wels oder am Bienenstand des Imkervereines auf die engagierten Helferinnen und Helfer. Neu dazugekommen sind dieses Jahr Regieassistentenarbeiten bei einem Theaterstück im Cordatushaus und Spiele mit Flüchtlingskindern im Haus Courage. Alle Welserinnen und Welser im Alter zwischen 12 und 18 Jahren bekamen das Programmheft mit einem persönlichen Schreiben zugeschickt. Darüber hinaus ist das Heft seit Ende Juni an der Kasse des Welldorado, im Bürgercenter des Rathauses, im Medienkulturhaus und bei zahlreichen Partnern und Sponsoren erhältlich. Das detaillierte Programm steht auch im Internet unter „www.wels.at => Leben in Wels => Jugend“ zum Herunterladen zur Verfügung.



Qualität und Transparenz in Bozen

Mit Dienstchartas garantiert die Stadt Bozen allen Bürgerinnen und Bürgern höchste Transparenz und Qualität. Ziel dieser Chartas ist es, die bereits bestehenden hohen Qualitätsstandards von Dienstleistungen langfristig zu gewährleisten.

Wo finde ich als Elternteil das richtige Freizeitprogramm für mein Kind? Wo bekomme ich Informationen über die Mensagebühren der Schulen? Wo erfahre ich die Beschwerdeadresse der Stadtpolizei? Die Antwort auf diese Fragen lautet: In den Dienstchartas der Stadtgemeinde Bozen.

Qualitätsentwicklung mit den Bürgerinnen und Bürgern

Diese Chartas sind mehr als nur eine nützliche Informationsbroschüre. Zwar enthalten sie auch ausführliche Informationen über die angebotenen Dienstleistungen, sie sind aber darüber hinaus ein Teil einer „Qualitätsvereinbarung“ mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Bozen. Neben den Angaben über die gebotenen Leistungen geben diese Aufschluss darüber, auf welchem Weg die KundInnen die Einhaltung der Qualitätsvorgaben einfordern können. Mit der Dienstcharta werden verbindliche Qualitätsstandards eingeführt, an denen sich die Dienststelle halten muss. Es ergeben sich Rechte und Pflichten für die Dienststelle und die Bürgerinnen und Bürger. Beispielsweise garantiert die Charta für Kinderferien, dass jede Online- und E-Mail-Anfrage binnen einen Tages beantwortet wird. Die Charta für Schul-

verpflegung verspricht indessen, die Hygienestandards mit mindestens 240 bakteriologischen und chemischen Analysen pro Jahr zu überwachen.

Die Chartas ermöglichen daher eine transparente und umfassende Informationspolitik. Die Dienstcharta der Kinderferien informiert beispielsweise kurz und prägnant über Anmeldeformalitäten und Teilnahmebedingungen, aber auch über die Auswahl und Schulung der Betreuungskräfte sowie über die Gestaltung der Freizeitprogramme und Aktivitäten. Um über Neuerungen zu informieren, werden die Chartas jährlich mittels Beiblatt aktualisiert.

Manchmal kommt es jedoch vor, dass diese definierten Standards nicht eingehalten werden können. In diesem Fall gebührt den KundInnen eine genau vordefinierte Ersatzleistung. Am Beispiel der Dienstcharta für Kinderferien sind das Gutscheine für fünf Filmvorführungen. Werden hingegen die Qualitätsstandards in der Schulverpflegung nicht eingehalten, so bekommen die KundInnen als Wiedergutmachung drei kostenlose Mahlzeiten oder zwei Publikationen des Amtes für Unterricht und Freizeit. Die Dienstcharta ist auch ein Instrument zur Qualitätsentwicklung: Anregungen, Beschwerden und Ver-

besserungsvorschläge von Bürgerinnen und Bürgern sind für die bestmögliche Erbringung der Dienstleistung notwendig. Um eine kontinuierliche Verbesserung der Leistungen sicherzustellen, ist es wichtig, dass sich alle Beteiligten aktiv einbringen können. Am Beispiel der Dienstcharta Schulverpflegung sind das die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und das Lehrpersonal.

KundInnenzufriedenheit wird in Bozen groß geschrieben

Mit einem jährlichen Erhebungsplan versucht die Stadt Bozen gezielt bei jenen Dienststellen eine Zufriedenheitserhebung durchzuführen, die entweder eine neue Dienstcharta erstellen oder eine bereits vorhandene Charta evaluieren wollen. Eine Zufriedenheitsanalyse dient als Grundlage für jede neue Dienstcharta in der Stadtgemeinde Bozen. In dieser Erhebung wird unter anderem abgefragt, ob die KundInnen der jeweiligen Dienstleistung über-



haupt wissen, welche Leistungen angeboten werden, wie sie mit dieser zufrieden sind und ob es Verbesserungsvorschläge gibt. Abgefragt wird auch die Zufriedenheit mit dem Personal, den Öffnungszeiten und den Abläufen in der Einrichtung. Abhängig von der Dienstleistung findet die Analyse entweder durch eine repräsentative telefonische oder schriftliche Umfrage statt. Teilweise ist auch eine Vor-Ort-Analyse zielführend – etwa bei Bibliotheken. Vor der Zufriedenheitsanalyse findet eine Fokusgruppe mit ausgewählten KundInnen und NutzerInnen der Dienstleistung statt, um eine erste qualitative Bewertung des Dienstes vorzunehmen sowie jene Elemente in Erfahrung zu bringen, die als besonders wichtig für den Dienst betrachtet werden und deswegen in der Erhebung berücksichtigt werden sollen.

Die Stadt Bozen hat sich zusätzlich mit anderen italienischen Städten zu einem „Benchmarking Q-Club“ zusammenge-

schlossen, um sich mit einem systematischen Leistungsvergleich noch kundenorientierter präsentieren zu können.

Medialer Auftritt für neue Dienstchartas

Wenn sich eine Dienststelle dazu entschließt, eine Dienstcharta einzuführen, wird diese bei einer eigens dafür vorgesehenen Pressekonferenz präsentiert. Des Weiteren wird die neue Charta in der Gemeindezeitung vorgestellt und die potentiellen NutzerInnen der Dienstleistung werden anhand der Bereitstellung der Broschüre an der jeweiligen Dienststelle informiert. So soll gewährleistet werden, dass möglichst viele KundInnen auf die neue Dienstcharta aufmerksam gemacht werden.

Alle Chartas der Stadtgemeinde Bozen sowie weitere Informationen diesbezüglich sind auch unter „www.gemeinde.bozen.it“ abrufbar. Dieses Instrument, das auch für

Österreich anwendbar wäre, wurde im Rahmen der Exkursion nach Südtirol in der Lehrveranstaltung „International Best Practice“ (Leitung: Prof. Franziska Cecon) des Masterstudienganges „Services of General Interest“ der FH OÖ von der Stadtverwaltung Bozen vorgestellt. Im Sinne von Best Practice konnten sich die Studierenden selbst ein Bild über die Dienstchartas machen. Hierbei gilt ein besonderer Dank dem Bürgermeister von Bozen, Luigi Spagnolli, für die Einladung und Cristina Pierotti für ihren sehr interessanten und vor allem lehrreichen Vortrag.

*Dominik Klampferer,
Student des Masterstudienganges
„Services of General Interest“, Schwerpunkt
„Public Management“ der FH Oberösterreich,
2. Semester*

Verpackungsverordnung – endlich gelöst!

Ausgangspunkt für die Novelle der Verpackungsverordnung und damit auch des AWG 2002 war der Druck der EU, in diesem Bereich für mehr Wettbewerb zu sorgen.

Dieses heiß diskutierte Thema beschäftigt uns mittlerweile schon einige Jahre. Nun konnte die Novelle zum AWG 2002 im Themenbereich Verpackungsverordnung nach zähen Verhandlungen abgeschlossen und formuliert werden. Bei diesen Verhandlungen konnten wesentliche Verbesserungen für die Kommunen erreicht werden:

Mehr Mitbestimmung

Es wurde nun im AWG die Basis geschaffen, dass den Kommunen bei der Ausrüstung der Sammlung mehr Mitsprache eingeräumt wird. Künftig wird die Verpackungssammlung in der jeweiligen Region in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess zwischen den betroffenen Gemeinden, den Sammel- und Verwertungssystemen und sonstigen InteressensvertreterInnen (wie Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer, etc.) festgelegt. Der Städtebund und der

Gemeindebund werden in diesem Prozess eine zentrale Rolle übernehmen.

Abgeltung der Verpackungen im Restmüll

Es konnte mit VertreterInnen der Wirtschaftskammer und des Gemeindebundes eine Vereinbarung ausgearbeitet werden, dass für Verpackungen, die über die Restmüllsammlung miterfasst werden, eine höhere Abgeltung als bisher von den Verpackungssystemen zu entrichten ist.

Ausweitung der Hohlkörpersammlung

In Regionen, in denen sowohl der Restmüll als auch die thermische Fraktion der Verpackungssammlung energetisch verwertet wird, ist die Umstellung auf eine Hohlkörpersammlung sinnvoll und nun möglich. Entsprechend kann die thermische Fraktion der Verpackungssammlung im Rest-

müll miterfasst werden. Die daraus resultierenden Kosten werden auch entsprechend abgegolten.

Ausnahme bei Ausschreibungen

Kommunen, die mit 31.12.2012 die Verpackungssammlung selbst durchgeführt haben, sind von der Teilnahme an Ausschreibungen zur Verpackungssammlung in ihrem Tätigkeitsbereich ausgenommen. Damit wird die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich der Abfallwirtschaft gestärkt. Die seitens der Kommunen erbrachten Leistungen werden dabei von den Sammel- und Verwertungssystemen zu angemessenen Preisen abgegolten.

Ein Wermutstropfen der Verhandlungen ist, dass die Zuordnung, welches Verpackungssystem nun in welcher Region die Sammlung zu organisieren hat, über den Verlosungsweg zu bestimmen ist.

FAZIT:

Wer in einer definierten Region für die Verpackungssammlung – seitens der Systeme – zuständig ist, wird künftig in regelmäßigen Abständen (alle fünf Jahre) über den Verlosungsweg bestimmt. In diesem Punkt wurde dem Wettbewerb Rechnung getragen. Ob dies auch der Volkswirtschaft und einer Weiterentwicklung bzw. Verbesserung der Verpackungssammlung zugute kommt, wird sich erst noch zeigen, darf aber bezweifelt werden.

In Summe ist das Verhandlungsergebnis aus Sicht der Kommunen sehr erfreulich und lässt uns positiv in die abfallwirtschaftliche Zukunft Österreichs blicken.

Reinhard Siebenhandl, Vorsitzender des FA für Abfallwirtschaft und Städtereinigung

Für Verpackungen im Restmüll wird künftig eine höhere Abgeltung bezahlt – dies ist ein Detail der kürzlich beschlossenen Novelle.



Panthermedia

20 Jahre Netzwerk Gesunde Städte

Linz war am 20. und 21. Juni Schauplatz der jüngsten Netzwerk-Veranstaltungen. Rund 20 VertreterInnen aus den Gesunden Städten fanden sich im Rathaus zur 61. Ausschusssitzung ein.

Dabei wurde die neue Broschüre „20 Jahre Netzwerk Gesunde Städte Österreichs“ vorgestellt. Vorsitzende und Gastgeberin Vbgm. Christiana Dolezal erinnerte an zahlreiche Stationen in der nunmehr 20-jährigen Geschichte des Netzwerks. Markus Peböck stellte die Ergebnisse der Linzer Gesundheitsumfrage vor; rund 1.500 LinzerInnen nahmen an der Umfrage teil; vor fünf Jahren war ein Survey mit ähnlichen Fragen durchgeführt worden; die Vergleichswerte lassen einen ersten positiven Schluss zu. Schließlich wird das ExpertInnenteam für die EntscheidungsträgerInnen der Stadt noch einen Empfehlungs- und Maßnahmenkatalog erarbeiten. Im Anschluss an die Ausschusssitzung stand die Generalversammlung des Vereins Gesunde Städte Österreichs auf dem Programm. Darauf folgte eine Führung durch das neue Musiktheater. Abgerundet wurde der erste Veranstaltungstag mit einem Abendessen im Pöstlingberg-Schlössl. Die nächste Ausschusssitzung wird am 14. Oktober 2013 in Klagenfurt stattfinden. Für den 15. Oktober ist eine Fachtagung zum Thema Suchtprävention vorgesehen.

Settingorientierte Gesundheitsförderung

Am Freitag, 21. Juni stand das Thema „Settingorientierte Gesundheitsförderung in der Stadt Linz“ im Mittelpunkt einer Fachtagung. Der Bereich Nachbarschaft wurde von Susanne Rothmayer vom Verein für Sozialprävention und Gemeinwesenarbeit präsentiert. „Auf gesunde Nachbarschaft“ ist ein stadtgebietsbezogenes Gesundheitsprojekt im Linzer Süden (Auwiesen/Schörgenhub, Kleinmünchen, Scharlinz, Neue Heimat und Wegscheid). Ziel ist das Sichtbarmachen des Zusammenhangs zwischen aktiver, guter Nachbarschaft und Gesundheit sowie die Förderung von aktiver Nachbarschaft als Ressource für die eigene Gesundheit. Das vorgegebene Thema wird erstaunlich gut angenommen. Den Projektrahmen bildet eine Initiative des Fonds Gesundes Öster-



Photocase

reich. Der Projektträger: Linzer Sozialverein VSG in Kooperation mit PGA; Unterstützung durch: queraum. kultur- und sozialforschung; Kooperation mit Stadtteilzentrum Linz; Evaluierung, regelmäßige Vernetzungstreffen mit Auftraggeber, PGA und queraum. Projektlaufzeit: September 2012 bis Dezember 2013. Projektgebiet/ Aktionsradius: ein Linzer Stadtgebiet: Auwiesen/Schörgenhub und die Bezirke Kleinmünchen, Scharlinz, Neue Heimat und Wegscheid. Kernteam: zwei Teilzeitarbeitskräfte, Diplomsozialarbeiterinnen.

Wer soll erreicht werden?

BewohnerInnen: Kinder, Jugendliche, Erwachsene und SeniorInnen.

Insbesondere sind sozial benachteiligte Gruppierungen eingeladen, sich an den Angeboten zu beteiligen; weiters relevante AkteurInnen vor Ort und KooperationspartnerInnen.

Wie sollen die Leute erreicht werden?

Relevante AkteurInnen vor Ort werden persönlich kontaktiert und zu einer Kooperationsplattform zusammengeführt (Wohnbauträger, Kindergärten, Vereine, Migrationseinrichtungen, Jugendeinrichtungen, Kirche, MigrantInnenvereine, OÖGKK, ÄrztInnen, Bildungseinrichtungen).

Die Steuerung und Verbreitung erfolgt durch die Steuerungsgruppe in Linz: beste-

hend aus VSG, PGA, Stadtteilzentrum Auwiesen der Stadt Linz und Vernetzungstreffen in Wien mit Auftraggeber FGÖ, PGA, queraum. Die BewohnerInnen werden direkt angesprochen, Aktivierung durch Bottom-up-Aktivitäten, durchgeführt von DSA Karin Mezgölich und Barbara Eibelhofer und eine Praktikantin der FH Sozialmanagement; Vernetzung mit Einrichtungen, die Kontakte/Zugang zu BewohnerInnen/Zielgruppen haben.

Dazu kommt Öffentlichkeitsarbeit mittels Postwurf, Medienarbeit und öffentlicher Auftaktveranstaltung. Die Leitziele sind: Informieren und Sensibilisieren, Aufsuchen/Erreichen und Aktivieren, zum Mitmachen gewinnen, Vernetzen und Lernen.

Ein spezielles Detailangebot ist die Nachbarschafts-Initiativenförderung: gefördert werden Aktivitäten mit und für NachbarInnen. Nachbarschafts-Initiativen sollen zu einer gesünderen Lebensweise beitragen und das Miteinander stärken. Für jede durchgeführte Nachbarschafts-Initiative wird vom Fonds Gesundes Österreich ein Budget von bis zu 300 Euro zur Verfügung gestellt.

Peter Lüftenegger, Netzwerk Gesunde Städte

Online-Wahlkartenanträge:

Jetzt Erledigung mit Handy-Signatur/ Bürgerkarte anbieten und Portokosten sparen

Bieten Sie jetzt Ihren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, einen elektronischen Wahlkartenantrag für die Nationalratswahl mit Handy-Signatur oder e-Card mit Bürgerkartenfunktion zu stellen!

Wie bereits in der ÖGZ 06/2013 berichtet, können Wahlkarten, die mit elektronischer Signatur beantragt werden, als einfaches Schreiben an Stelle eines Einschreibens versandt werden. Damit ersparen sich Behörden die Einschreibgebühr von Euro 2,20 pro versandter Wahlkarte. Auch die Antragstellerinnen und Antragsteller profitieren, da die Wahlkarte im Briefkasten landet und somit der oftmals mühsame Weg zum Postamt entfällt.

Bereits bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht haben viele Städte und Gemeinden auf signierbare Onlineformulare zur Stimmkartenbestellung gesetzt und somit beim anschließenden Versand nicht nur Kosten gespart, sondern auch den Kom-

fort für die Bürgerinnen und Bürger verbessert. Die Möglichkeit, die Wahl- oder Stimmkarte als einfaches Schreiben zu versenden, hat der Gesetzgeber in der Nationalrats-Wahlordnung 1992 (diese ist hinsichtlich der Beantragung und Ausfüllung von Stimmkarten auch auf Volksbefragungen anzuwenden) festgeschrieben. Wahl- oder Stimmkarten, die postalisch versandt werden, sind grundsätzlich als eingeschriebene Briefsendungen zu verschicken sind. Die Ausnahme bilden jene Wahl- oder Stimmkarten, die per Antrag, der mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist – also eine gesicherte Identifikation des Antragstellers im Verfahren garantiert – angefordert werden.



Vorteile der Erledigung mit elektronischer Signatur

Für die Nationalratswahlen stellt Ihnen HELP.gv.at wie bereits bei der Volksbefragung das Online-Formular „Wahl-/Stimmkarte – Antrag auf Ausstellung“ kostenlos zur Verfügung. Auch weitere Formularlösungen im kommunalen Bereich (z.B. www.amtsweg.gv.at oder www.wahlkartenantrag.at) bieten entsprechende Onlinelösungen für die Beantragung der Wahlkarte mit elektronischer Signatur an. Die Identifikation der antragstellenden Person kann im elektronischen Antrag zwar auch auf andere Weise, wie etwa mit eingescanntem Identitätsnachweis (z.B. Reisepass), bzw. Reisepassnummer, oder fallweise auch mit Antragscode und Geburtsdatum erfolgen. Für den nachträglichen Versand der Wahlkarte als Standardbrief – und somit dem Lukrieren der Ersparnis – ist jedoch zwingend die Unterfertigung mit qualifizierter elektronischer Signatur notwendig.

Bei Fragen zum Formularangebot zur Beantragung der Wahlkarte kann Ihnen Johannes Rund (johannes.rund@bka.gv.at) gerne weiterhelfen.

Informieren der Wahlberechtigten

Auf HELP.gv.at finden Städte und Gemeinden das Thema „Wahlen“ und detaillierte Informationen zum Wählen mit

Wahlkarte. Die Inhalte aus HELP.gv.at stehen zur einfachen Übernahme in die gemeindeeigene Webseite mittels „Content-Syndizierung“ zur Verfügung. Möchten Sie die Information über Ihr Formularangebot zur Wahlkartenbestellung auch auf Ihrer Webseite bekannt machen oder im Amtsblatt veröffentlichen? Dazu bietet Ihnen HELP.gv.at „Textbausteine zum Wahl-/Stimmkartenantrag“ an (Sie finden diese unter [www.help.gv.at/partner - Menüpunkt „Downloads“](http://www.help.gv.at/partner-Menüpunkt-Downloads): Textbausteine für Gemeinde-Webseiten).

Spürbarer Mehrwert und Schritt in Richtung elektronische Zustellung

Der elektronische Wahlkartenantrag ist also ein Verfahren, dessen Erledigung mit Handy-Signatur oder e-Card mit Bürgerkartenfunktion einen deutlich spürbaren Mehrwert durch Zeit- und Kostenersparnis bringt. Gleichzeitig ist die Wahlkarten-

bestellung für die Nationalratswahl auch ein Anlassfall, die Aktivierung von Handy-Signaturen voranzutreiben. Städte, die die mit großen Einsparungen verbundene elektronische Zustellung einführen wollen, haben dann bereits ein höheres Potential an möglichen Nutzerinnen und Nutzern. Auch der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund haben in einem gemeinsamen Schreiben an ihre Mitgliedsstädte- und gemeinden zum Thema „Versandkosten sparen durch elektronische Wahlkartenanträge“ bereits darauf hingewiesen.

Aktivierungsmöglichkeiten der Handy-Signatur

Die Handy-Signatur (die mobile Form der Bürgerkarte) kann in nur wenigen Minuten kostenlos freigeschaltet werden und ist anschließend sofort einsatzbereit. Die Nutzung ist – vergleichbar mit dem On-

linebanking-Vorgang – denkbar einfach. Details zu den einzelnen Aktivierungsmöglichkeiten (z.B. auch direkt in der Registrierungsstelle im Bürgerservice vieler Städte und Gemeinden möglich) sowie allen zur Verfügung stehenden Anwendungen sind unter <https://www.handy-signatur.at> beschrieben.

Gerne schult das Bundeskanzleramt auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so dass diese Handy-Signaturen der Wohnsitzbevölkerung aktivieren können.

Nähere Informationen zu den Schulungen sowie auch zu entsprechenden Unterlagen zur Handy-Signatur erhalten Sie von Elvira Regenspurger, Bundeskanzleramt, IKT-Strategie (elvira.regenspurger@bka.gv.at).

*Elvira Christine Regenspurger,
Mitarbeiterin Abteilung I/11, Bundeskanzleramt*



JETZT ANMELDEN FÜR DEN SCHÄDLINGSBEKÄMPFER- ODER DEN DENKMAL-, FASSADEN-, UND GEBÄUDEREINIGERMEISTERKURS!

MEISTER
DER KAMPF
KUNST
GESUCHT!

Infos und Anmeldung:
Tel.: 02742 / 851 - 19172
E-Mail: holz.chemie@wknoe.at, www.chemisches-gewerbe.or.at

Schädlingsbekämpfervorbereitungskurs

ab dem 06. September 2013 um 12:00 Uhr
in der Landesberufsschule Lilienfeld

Erfahren Sie alles über:

Bekämpfung aller Arten von Schädlingen und Parasiten, Desinfektion, bekämpfender und vorbeugender Holzschutz, Schwammsanierung durch Begasung, Heißluft und sonstige Verfahren, Gebäudeschutz, Durchführung von Vorbeugungsmaßnahmen, Unkrautbekämpfung

Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigermeisterkurs

ab April 2014
in der Landesberufsschule Lilienfeld

Erfahren Sie alles über:

Reinigung und Oberflächenbehandlung von Fassaden, Reinigung und Nachbehandlung von Denkmälern, Reinigung von Entlüftungs-, Klima- und Dunstabzugsanlagen, Reinigung von Verkehrsflächen, uvm.

www.staedtebund.gv.at

47

Die Neuregelung der Gewerbeordnung

„Die Modernisierung der Selbstüberwachungspflicht nach § 82b Gewerbeordnung 1994 bewirkt eine nachhaltige Entbürokratisierung zur Erhöhung der Eigenverantwortung der AnlageninhaberInnen und eine gleichzeitige Entlastung der Behörden. Diese Änderung stellt einen weiteren Schritt im Sinne einer Liberalisierung der Gewerbeordnung und einen wertvollen Beitrag zur Verwaltungsreform dar.“

Die im Zuge der Umsetzung der Industrieemissionsschutzrichtlinie erfolgte Neuregelung des § 82b (BGBl. I Nr. 125/2013) tritt mit 1. Jänner 2015 in Kraft und geht auf einen Vorschlag des Fachausschusses für Gewerberecht und Gewerbetchnik des Österreichischen Städtebundes zurück.

Damit soll ein Beitrag für ein funktionierendes Überwachungssystem für gewerbliche Betriebsanlagen zur Erleichterung des Zusammenwirkens von Behörden und Unternehmen geleistet werden.

Dem Novellierungsvorschlag des Österreichischen Städtebundes ging eine intensive Befassung einer vom Fachausschuss (FA) eingesetzten Arbeitsgruppe voraus.

Ausgangssituation

Durch die Gewerberechtsnovelle 1988 wurde in § 82b die Verpflichtung der InhaberInnen genehmigter Betriebsanlagen zu wiederkehrenden Prüfungen geschaffen. Diese Überwachungspflichten wurden eingeführt, weil amtswegige Überprüfungen aller Betriebsanlagen (§ 338) wegen des großen Verwaltungsaufwandes und der von Amts wegen zu tragenden Kosten kaum möglich waren.

Die seit 25 Jahren in Kraft stehenden Bestimmungen des § 82b waren immer wieder Gegenstand eingehender Erörterungen bei GewerbereferentInnen-Tagungen, die eine Überarbeitungserfordernis erbrachten.

Der FA sah in der Bearbeitung dieser Thematik auch eine einmalige Chance, einen Beitrag für eine wirksame Verwal-

tungsvereinfachung im Sinne einer Verwaltungsreform zu schaffen.

Vollzugserfahrungen

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Selbstüberwachung durch die InhaberInnen der Betriebsanlage nicht in der Weise abläuft, wie es die Bestimmungen des § 82b im Kern vorsehen. Bei Überprüfungen nach § 338 stellte sich immer wieder heraus, dass wiederkehrende Prüfungen nicht oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden sind.

Für den FA bzw. die eingerichtete Arbeitsgruppe war klar, dass eine Überarbeitung der Regelungen zur Erzielung einer Effizienzsteigerung zu Gunsten der AnlageninhaberInnen und einer gleichzeitigen Entlastung der Behörden erforderlich und zweckmäßig ist.

Vorschläge und Anregungen

In einer funktionierenden Eigenüberwachung liegt sehr viel Potenzial an Deregulierung, Entbürokratisierung und Kostenersparnis. Der Fokus dieser Überlegungen richtet sich nicht auf eine Erhöhung der Prüfpflichten der BetriebsinhaberInnen, sondern lediglich auf eine bessere Dokumentation. Nur durch die Erstellung solcher Mindestanforderungen an Prüfbescheinigungen kann die Rechtssicherheit erhöht und die Überprüfungstätigkeit zum Vorteil aller Beteiligten gestrafft und effizienter gestaltet werden. Eine Verpflichtung, über schriftliche Aufforderung der Behörde die Prüfbescheinigung vorzulegen, soll ergänzend hierzu treten. Eine Einschränkung der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortung der BetriebsinhaberInnen ist ausdrücklich zu normieren. Solche Regelungen könnten die Effizienz deutlich steigern, ohne Mehrbelastungen der Wirtschaft zu verursachen.

Gesetzliche Neuregelung des § 82b GewO 1994

Die Vorschläge des FA fanden in die vom Nationalrat beschlossene Novelle zu § 82b Eingang. Das parlamentarische Verfahren gestaltete sich zu Beginn sehr

spannend, weil zunächst die Inhalte der Neufassung des § 82b in der Regierungsvorlage nicht mehr zu finden waren, und erst durch den engagierten Einsatz der VertreterInnen des BMASK und auch des BMWFJ letztlich vom Nationalrat beschlossen werden konnten.

In diesem Zeitraum wurde jedenfalls klar, dass auch bei einer gut durchdachten No-



Felix Holzmannhofer, Magistrat Salzburg

velle bei vielen AkteurInnen im Verfahren die Umsetzung bis hin zum Gesetzesbeschluss dem sprichwörtlichen „Bohren harter Bretter“ gleichkommt. Gut Ding braucht eben Weile.

Nun ist das Ziel erreicht. Die Neufassung des § 82b enthält im Wesentlichen die vom FA vorgeschlagenen essentiellen Inhalte.

Zentrales Element ist die Schaffung klarer Regelungen über den notwendigen Inhalt einer Prüfbescheinigung (Abs.1), wobei der Qualität der Prüfbescheinigung wesentliche Bedeutung zukommt. Eine vollständige Dokumentation der Prüfung bildet einen (notwendigen) Bestandteil der Prüfbescheinigung.

Im Sinne einer Standardisierung sind folgende Mindestinhalte der Prüfbescheinigungen wesentlich:

- Angaben über die AnlageninhaberInnen und die Betriebsanlage (Bezeichnung bzw. Art).
- Sämtliche den Gewerbekonsens bildenden Bescheide und die für die Betriebsanlage geltenden gewerberechtlichen Vorschriften.
- Angaben zu den Prüforganen samt Prüfungszeitraum.
- Angaben über den konsensgemäßen Betrieb.
- Darstellung des Prüfungsergebnisses in übersichtlicher Form.
- Beschreibung der Abweichungen und Mängel samt Nachweis der erfolgten Behebung sowie Fristen.
- Angaben über die Befunde (Dokumentation).

Die in Abs. 3 normierte Verpflichtung der AnlageninhaberInnen zur Übermittlung der Prüfbescheinigung über Aufforderung an die Behörde, soll diese bei ihrer Vorbereitung auf eine allenfalls bevorstehende Überprüfung einer Betriebsanlage (bei

IE-R-Anlagen bzgl. Umweltinspektionen) unterstützen. Dadurch sollen AnlageninhaberInnen aufgrund einer absehbar kürzeren Überprüfungsdauer vor Ort entlastet werden. Im Falle nachvollziehbarer und plausibler Unterlagen könnte sogar eine Überprüfung entfallen.

Mit der im Abs. 5 normierten Einschränkung der verwaltungsstrafrechtlichen Verantwortung der BetriebsinhaberInnen, die mit den im Abs. 4 normierten Vorgaben zu sehen ist, wird zweifellos eine entsprechende Rechtssicherheit und auch ein wirksamer Anreiz für eine nachhaltige Selbstüberwachung geschaffen.

Die Einführung eines (neuen) Straftatbestandes im § 367 Z 25a soll der Bedeutung der Eigenverantwortung der AnlageninhaberInnen Rechnung tragen.

Die Neuregelung des § 82b tritt allerdings zufolge der vorgesehenen Legisvakanz erst mit 1. Jänner 2015 in Kraft. Dieser doch einigermaßen lange Zeitraum stellt einen gewissen Wermutstropfen dar, was allerdings vor dem Hinter-

grund der intensiven Vorbereitung vernachlässigt werden kann.

Jedoch wird seitens der Behörden von der WKO erwartet, dass dieser Zeitraum für eine gute Vorbereitung und vor allem Information der BetriebsinhaberInnen durch die Interessensvertretungen genützt wird. Ab Inkrafttreten der Regelung sollten die in diesem Beitrag skizzierten Vorteile der Neuregelung auch im Rechtsleben tatsächlich eintreten können.

FAZIT

Die Erkenntnis, die aus diesem Gesetzwerdungsprozess gewonnen werden konnte, zeigt, dass sich der Österreichische Städtebund auch weiterhin als Sprachrohr der Praxis Gehör verschaffen und notwendigen Änderungen im Bereich der Rechtsgrundlagen zum Durchbruch verhelfen sollte.

Felix Holzmannhofer,
Magistrat Salzburg (Anlagenrecht)



„Alle Höhen und Tiefen mitbekommen“

Dornbirn hat eine neue Bürgermeisterin. Andrea Kaufmann ist die erste Frau im Bürgermeistersessel. Der Wechsel von der Landesregierung ins Rathaus bedeutete für Kaufmann dennoch keine selbstverständliche Entscheidung.

Als Andrea Kaufmann vor knapp 20 Jahren erstmals bei den Kommunalwahlen für die ÖVP antrat, wusste nicht einmal ihr damaliger Chef von der Kandidatur der jungen Mitarbeiterin. Kaufmann wählte sich als JVP-Vertreterin auf einem unwählbaren Listenplatz. Der überraschend hohe Wahlsieg der VP beförderte die damals 25-Jährige direkt in den Stadtrat: „Der Weg in die Politik war so keines-

falls geplant“, erinnert sich Kaufmann heute. Dennoch: Das plötzliche aktive Mitmischen in der Stadtregierung bedeutete nicht jenen Sprung ins kalte Wasser der Politik, wie ihn viele andere NeopolitikerInnen erleben. Kaufmann ist familiär vorbelastet. Ihr Vater Wolfgang Blenk saß in den Jahren 1970 bis 1990 für die ÖVP im Nationalrat. „Als Tochter habe ich alle Höhen und Tiefen eines Politikerlebens

live mitbekommen“, sagt Kaufmann über ihre politische Sozialisierung und damit verbundener realistischer Erwartungshaltungen. Umso schneller habe sie sich mit der neuen Rolle als Politikerin angefreundet. Denn damals in den frühen Neunzigerjahren zeichnete sich ein etwas anderer beruflicher Werdegang ab. Kaufmann studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz. Auf das ab-



Stadt Dornbirn / Julia Diem

solvierte Studium folgte eine berufliche Tätigkeit in der Controlling-Abteilung der Raiffeisenbank Bludenz, die sie neben ihrer politischen Funktion noch bis zum Jahr 1998 ausübte. Heute sei sie sehr froh über das Rüstzeug aus der Privatwirtschaft, sagt Kaufmann: „Bilanzen und Abschlüsse interpretieren und Budgets lesen zu können, ist auch im Kommunalen wesentlich. Generell geht es um einen geübten Umgang mit Zahlen.“ Aus der Zeit bei der Bank ebenso wichtig seien gewisse soziale Kompetenzen hinsichtlich der MitarbeiterInnen, erworbene Führungsqualitäten und überhaupt der richtige Ton in der Kommunikation, ergänzt Kaufmann, die sich diesbezüglich durchaus ein Beispiel an ihrem Vorgänger Wolfgang Rümmele nimmt, der als Bürgermeister 13 Jahre lang im Amt war.

„Ich trete in große Fußstapfen“, sagt Kaufmann: „Rümmele pflegte eine sehr offene, sehr transparente Art der Kommunikation.“ Dennoch: „Jeder hat seinen eigenen Stil und eigene Schwerpunkte. Doch sehe ich keine Notwendigkeit darin, jene Dinge, die in Dornbirn gut laufen, verändern zu müssen.“ Der Zugang zu neuen Medien sei bestimmt ein anderer, als jener ihres Amtsvorgängers, beschreibt die Mutter von zwei Töchtern und zwei Söhnen Unterschiede in der Herangehensweise. Kaufmann ist etwa via Facebook höchst aktiv und will die Webpräsenz der Stadt Dornbirn erweitern und modifizieren: „Das ist ein Generationenthema.“ Und ja, mit Blick auf den Zugang zu neuen Medien sei es keineswegs hinderlich, dass sich ihre Kinder im Alter von 17, 15, 11 und 5 Jahren befinden.

Die ganz große Herausforderung der kommenden Jahre sieht Andrea Kaufmann in der Ausgewogenheit der Budgets.



Stadt Dornbirn / Julia Diem

Die finanzielle Schieflage der Kommunen ist allgegenwärtig. Gerade in einer Stadt wie Dornbirn mit knapp 47.000 EinwohnerInnen, die viele Infrastrukturleistungen erbringen muss. „Die Aufgaben und Angebote der Kommunen sind enorm gestiegen. Damit haben wir uns auseinandergesetzt. Da muss man sich auch die Frage stellen, welche Leistungen nicht mehr zeitgemäß sind – ohne einen großen Schnitt in das Dienstleistungsangebot zu machen“, so die Bürgermeisterin, in deren kommunalen Verantwortungsbereich auch der Erhalt eines Krankenhauses fällt: „Das frisst allein ein Drittel des Gesamtbudgets.“ Der Wunsch an die Bundespolitik ist ein deutlicher: „Wenn Aufgaben an Länder und Gemeinden abgegeben werden, müssen auch die Finanzen mitwandern. Eine Anschubfinanzierung für die ersten zwei, drei Jahre ist zu wenig.“ Seit dem Jahr 2009 war Andrea Kaufmann in der Vorarlberger Landesregie-

rung als Landesrätin in den Ressorts Kultur, Wissenschaft und Studienförderung, zuletzt aber auch in Sachen Hochbau, Maschinenbau und Elektrotechnik tätig. Ihr Wechsel auf den Bürgermeistersessel der Stadt Dornbirn kam für viele überraschend. „Dieser Schritt war für mich durchaus mit einem Entscheidungsprozess verbunden“, sagt Kaufmann über den Entschluss, in ihre neue Funktion zu wechseln. Und natürlich freut sie sich, die erste Frau in dieser Position zu sein. Doch, dass das Geschlecht eine große Rolle spiele, habe sie von keiner Seite wahrgenommen, so Kaufmann: „Da sind wir heute Gott sei Dank einen Schritt weiter.“

ZUR PERSON:

Jahrgang 1969, begann Andrea Kaufmann im Jahr 1990 ihre politische Laufbahn bei der JVP Dornbirn, wo sie von 1992 bis 1994 als Ortsvorstand wirkte. 1995 wurde sie überraschend Mitglied der Stadtvertretung und des Stadtrats. Ihre Schwerpunkte lagen im Bereich Schulen, Kultur, Familie und Kindergärten. Bis zu ihrem Wechsel in die Vorarlberger Landesregierung im Jahr 2009 war Kaufmann ständiges Mitglied des Dornbirner Stadtrates. Heuer kehrte sie in die Dornbirner Kommunalpolitik zurück. Seit dem 29. Mai bekleidet die studierte Volkswirtin das Amt der Bürgermeisterin und folgte damit dem Dornbirner Langzeitbürgermeister Wolfgang Rümmele. Als Mitglied des Stadtrates verantwortet sie die Referate für Personal, Finanzen und Wirtschaft, Kultur, Gesundheitsplanung und Fachhochschulen. Seit 2003 ist Kaufmann zudem Landesobmann-Stellvertreterin des ÖAAB Vorarlberg. Seit 2011 ist sie Teil des ÖVP-Bundesvorstandes.

Ohne Städte ist kein Staat zu machen

Blick ins Nachbarland: Der Bayerische Städtetag 2013 tagte am 10. und 11. Juli 2013 in Bayreuth und sammelte wichtige Forderungen der bayerischen Kommunalpolitik.



Der Begriff „Staat machen“ mag heute lebenswürdig antiquiert klingen. Dennoch gilt unverändert seit 60 Jahren der Satz des Bundespräsidenten Theodor Heuss: „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“. Der Bayerische Städtetag 2013 hat sich dieses bewährte Zitat als Leitmotiv gewählt. Das Motto hat eine lange Tradition und gilt auch für die Zukunft. Theodor Heuss war in der liberalen Gedankenwelt des ausgehenden 19. Jahrhunderts sozialisiert worden und wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts politisch geprägt. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungswelt und seiner Erfahrung mit dem Ende der Weimarer Republik 1933 kam

Heuss im Juni 1953 bei der Enthüllung eines Denkmals des Freiherrn vom Stein zum Fazit: „Gemeinden sind wichtiger als der Staat.“ Denn in den Gemeinden begegnen die BürgerInnen ihrem Staat zualererst: „Hier erleben sie Demokratie unmittelbar und können mitgestalten.“ Die Städte wirken auch in heutiger Zeit wie ein Laboratorium der Demokratie: Hier zeigen sich gesellschaftliche Strömungen zuerst, hier wirken sich die Folgen von wirtschaftlichen Entwicklungen am sichtbarsten aus, hier bündeln sich wie unter einem Brennglas soziale Probleme. Die Städte wirken seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wie Motoren für die Aus-

prägung des modernen Staates. Hier entwickeln sich innovative Lösungen, um schwierige soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme institutionell in den Griff zu bekommen. Die Städte haben eigene Stadtwerke begründet. Mit einer effizienten Verwaltung konnten und können die Kommunen mit großer Steuerungskompetenz Aufgaben der Daseinsvorsorge schultern: Wasserwerke, Kanalisation, Kläranlagen, Krankenhäuser, Strom und Gas, Abfallentsorgung, Tram und Bus: Leistungen von der Wiege bis zur Bahre, vom Kreißsaal bis zum städtischen Friedhof. Die Städte geben Impulse und setzen Maß-

München ist der Inbegriff einer modernen Stadt: Mit rund 1,4 Millionen EinwohnerInnen wächst die drittgrößte Stadt Deutschlands ungebrochen.

noch einer autoritären Hoheitsverwaltung verhaftet war, entwickelten die Städte bereits eine moderne Leistungsverwaltung. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts schreiten die Städte voran: Heute stehen Bayerns Städte und Gemeinden in einem engen Beziehungsgeflecht von Europa, Bund und Ländern. Vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag und zum Deutschen Bundestag positionieren sich die Städte und Gemeinden im Bayerischen Städtetag mit ihren Forderungen. Und sie stehen im Bewusstsein, dass – genau wie es Heuss formuliert hat – ohne Kommunen kein Staat zu machen ist.

Kommunen ergreifen das Steuerrad

Die Städte suchen auf immer neue Fragen der modernen Zeit nach praktischen Lösungen. Dies bedeutet die Bereitschaft, wo nötig zu intervenieren und nicht alles dem Spiel der Märkte zu überlassen. Die Kommunen ergreifen das Steuerrad, nämlich eine weit gefasste Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen für Wasser und Abwasser, für Verkehr und Energie sind tragende Speichen im Steuerrad. Die Leistungsfähigkeit, die Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte und Stadtverwaltungen im Lauf der Jahrzehnte schaffen konnten, hat dem Land gut getan.

Die Daseinsvorsorge war und ist ein Leitmotiv der Erfolgsgeschichte unserer Städte und Gemeinden. Und dieses Erfolgsmodell der gewachsenen kommunalen Daseinsvorsorge für alle EinwohnerInnen wollen Städte und Gemeinden bewahren und weiter gestalten. Die Kommunen halten seit über einem Jahrhundert nachhaltig eine immer differenziertere Infrastruktur bereit. Gerade die schnelllebige Dienstleistungsgesellschaft benötigt in turbulenten Zeiten der Globalisierung den ruhenden Pol der kommunalen Daseinsvorsorge – zuverlässig, sicher und bezahlbar für alle. Die Daseinsvorsorge garantiert Lebensvoraussetzungen für alle

Menschen. Daseinsvorsorge ermöglicht den Einzelnen überhaupt erst, ihre demokratischen Freiheitsrechte und Mitwirkungsrechte wahrzunehmen. Daseinsvorsorge lässt sich als ein Kernstück der menschlichen Würde und Existenz verstehen. Deshalb gehört Daseinsvorsorge in sichere Hände und ist bei den Kommunen verlässlich aufgehoben. Für die Menschen, die in unseren Städten und Gemeinden leben, schaffen die Ideen der Subsidiarität und der Daseinsvorsorge Lebensqualität im Alltag. Europa, Bund und Freistaat müssen in engem Zusammenwirken mit der kommunalen Ebene dafür sorgen, dass die Kommunen ihr Leistungsangebot erhalten und an die Herausforderungen der Zeit anpassen können. Daher formuliert der Bayerische Städtetag 2013 unter dem Motto „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“ Forderungen an Bund und Land.

Forderungen an Bund und Land

Der Bayerische Städtetag hat ein Positionspapier im Vorfeld der Landtagswahl und der Bundestagswahl erarbeitet. Das Positionspapier sammelt wichtige Forderungen zu zentralen Politikfeldern der bayerischen Kommunalpolitik. Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags: „Diese Forderungen gelten nicht nur kurzfristig mit dem Blick auf die Landtagswahlen und die Bundestagswahl im September 2013. Das Positionspapier formuliert die Themen des Bayerischen Städtetags und gibt Orientierung für unsere Arbeit der nächsten Jahre für die bayerischen Städte und Gemeinden. Das Leitmotiv der Daseinsvorsorge durchzieht die Forderungen des Bayerischen Städtetags. Das ist nicht nur ein kurzfristiger Forderungskatalog; das ist für uns für die kommenden Jahre ein kommunalpolitisches Kompendium.“ Das Papier können Sie im Internet unter www.bay-staedtetag.de => Jahrestagungen => Jahrestagung 2013 herunterladen.

AUS DEM STÄDTEBUND

EU-Kohäsionspolitik 2014–2020

STRAT.AT 2020-Prozess in entscheidender Phase: Partnerschaftsvertrag zwischen Österreich und der Europäischen Kommission zur öffentlichen Stellungnahme freigegeben.

Am 6. Oktober 2011 hat die Europäische Kommission Verordnungsvorschläge für die EU-Kohäsionspolitik 2014–2020 vorgelegt. Über sechs unterschiedliche Fonds werden für diese sieben Jahre nach derzeitigen Informationen Fördermittel im Ausmaß von rund 5 Milliarden Euro für österreichische Projekte bereitgestellt. Der in Österreich „STRAT.AT 2020“ genannte Erstellungsprozess dient dazu, die gemeinsame, nationale thematische Zielsetzung zu erarbeiten. In den STRAT.AT 2020-Prozess werden die Erfahrungen der letzten Förderperioden einfließen und die Verzahnung mit den laufenden Programmierungsprozessen wird gewährleistet. Parallel zu den Programmierungen der Fonds wird die Partnerschaftsvereinbarung als das zentrale Ergebnis des STRAT.AT 2020-Prozesses entwickelt. Sie ist ein Vertrag zwischen Österreich und der Europäischen Union, in dem die thematischen Ziele und Schwerpunkte der Regionalentwicklungspolitik und der Entwicklung der ländlichen Räume festgehalten werden.

Am 18. Juni war es so weit: In Salzburg wurde nach mehr als einem Jahr intensiver Arbeit der Entwurf der Partnerschaftsvereinbarung präsentiert. Die Veranstaltung markierte zudem den Auftakt für die sechswöchige Stellungnahmefrist, bei der man bis 31. Juli 2013 den gesamten Text in einem leicht zu bedienenden Online-Verfahren ausführlich kommentieren kann. Über die Website der ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) „www.oerok.gv.at“ bzw. direkt über „www.e-strat2020.at“ gelangt man zum Textvorschlag und erfährt weitere Details zur Partnerschaftsvereinbarung. Von Seiten der ÖROK, die diesen Prozess für Österreich abwickelt, wurde besonders darauf Wert gelegt, dass Feedback zum Text einfach und schnell möglich ist. Einzige Voraussetzung, um eine Stellungnahme abgeben zu können, ist eine kurze Registrierung.

Warum sollte man die Partnerschaftsvereinbarung kommentieren?

Die Partnerschaftsvereinbarung bildet den Rahmen für die zukünftige Vergabe von Fördermitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für den Zeitraum von 2014 bis 2020. Die drei größten Fonds – der Regionalentwicklungsfonds (ERDF), der Sozialfonds (ERDF) und der Fonds für Ländliche Entwicklung (ELER) – sind für die kommenden sieben Jahre mit insgesamt knapp 5 Milliarden Euro dotiert, wobei in Österreich der ELER mit nachzeitigem Stand rund

4 Milliarden Euro den Hauptteil der Mittel beinhaltet. Die Europäische Kommission (EK) hat am 6. Oktober 2011 Verordnungsentwürfe zu den Fonds vorgelegt, nach deren Vorgabe die Mitgliedsstaaten ihre Operationellen Programme, in denen die Förderziele festgehalten werden, orientieren müssen.

Dabei wurden von der Europäischen Kommission (EK) elf thematische Ziele vorgegeben, die maßgeblich zur Umsetzung der EU-2020-Strategie – der gemeinsamen Entwicklungsstrategie für die gesamte Europäische Union – beitragen sollen:

Mittelaufteilung der ESI-Fonds und Überblick über die Zielkulisse in Österreich

Thematisches Ziel		Europäische Struktur- und Investitionsfonds		
		ERDF (%)	ERDF (%)	ELER (%)
1 / FTEI	Forschung, technologische Entwicklung und Innovation	50-60		< 5
2 / IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien			~ 1
3 / KMU	Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen	15-20		10-15
4 / CO2	Verringerung der CO2-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	20-25		5-10
5 / KLIMA	Anpassung an den Klimawandel			30-35
6 / UMW_RE	Umweltschutz und effiziente Nutzung von Ressourcen	< 5		30-35
7 / VER*	Nachhaltigkeit im Verkehr			
8 / EMPL	Beschäftigung und Förderung der Mobilität der Arbeitskräfte		50-60	< 5
9 / POV	Soziale Integration und Armutsbekämpfung	< 5	20	5-10
10 / LLL	Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen		20-25	~ 2
11 / GOV	Aufbau der institutionellen Kapazitäten und effiziente öffentliche Verwaltung	< 5	< 5	
Summe % **		100	100	100
in Euro***		900 Millionen		4 Milliarden

Geplante Allokation der ESI-Mittel nach thematischen Zielen auf nationaler Ebene. Hinweis: Die Mittelaufteilung innerhalb der Fonds ist vorläufig und präjudiziert nicht die finale politische Entscheidung.

* Mögliche Maßnahmen zum nachhaltigen Verkehr sind unter den T.Z 1, 3, 4 und 6 vorgesehen

** ohne Technische Hilfe

*** Gemäß vorläufigen informellen Informationen auf Basis des Ergebnisses des Europäischen Rates vom Februar 2013. Diese Beträge sollen eine Indikation über das ungefähre Volumen der zur Verfügung stehenden ESI-Fonds geben, wobei ausdrücklich festzuhalten ist, dass der Beschluss auf EU-Ebene zu den endgültigen Mitteln zum derzeitigen Zeitpunkt (Mai 2013) noch aussteht.

Quelle: www.oerok.gv.at

Die fünf Kernziele der Europa-2020-Strategie

Kernziel	Beschäftigung	F+E, Innovation	Klimawandel und Energie			Bildung		Armut, soziale Ausgrenzung
Indikator	Beschäftigungsquote von Frauen und Männern in %	FuE in % des BIP	Verringerung des THG Ausstoßes in %	Anteil erneuerbarer Energien in %	Energieeffizienz – Verringerung des Energieverbrauchs in Mio. t ROE	Schulabbruchquote in %	Hochschulabsolventinnen in %	Senkung des Anteils der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Personen
EU	75	3	minus 20 (gegenüber dem Stand von 1990)	20	Anstieg der Energieeffizienz um plus 20%, d.h. um 368 Mio. t ROE	10	40	20.000.000
AT Ziel	77-78	3,78	-16*	34	7,16 Mio t ROE	9,5	38**	235.000
AT 2011	75,2	2,8	-11,7*	31	nicht verfügbar	8,3	36,6**	125.000

*) bezieht sich auf Referenzjahr 2005; **) einschl. ISCED 4a.

FuE Forschung und Entwicklung

THG Treibhausgas

Diese Beträge sollen eine Indikation über das ungefähre Volumen der zur Verfügung stehenden ESI-Fonds geben, wobei ausdrücklich festzuhalten ist, dass der Beschluss auf EU-Ebene zu den endgültigen Mitteln zum derzeitigen Zeitpunkt (Mai 2013) noch aussteht.

Quelle: www.bka.gv.at/site/480/default.aspx

Was ist im Stellungnahmeprozess zu beachten?

Für den Gesamtprozess und eine eventuelle Stellungnahme sind folgende Neuerungen besonders interessant:

- ELER – Europäischer Fonds für Entwicklung des Ländlichen Raumes

Der ELER ist mit einer Mittelausstattung von knapp 4 Milliarden Euro der größte Fonds und derzeit dominant auf die Landwirtschaft ausgerichtet. Programmiert und abgewickelt wird er vom Lebensministerium. Gerade über die Ausrichtung auf die Landwirtschaftsförderung ist im aktuellen Prozess eine Diskussion entbrannt. Über die Prioritätsachse 6 „Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten“ ist es laut Aussagen der EK möglich, Basisinfrastruktur inklusive soziale Infrastruktur wie Kinderbetreuungseinrichtungen im ländlichen Raum zu fördern und damit auch städtische Räume in ländlichen Gebieten. Das bekräftigte auch EU-Kommissar Johannes Hahn im Rahmen des 1. Stadtratsstages in Graz. Auch das Bundeskanzleramt spricht sich für einen stärkeren Beitrag des ELER zur Kohäsion im ländlichen Raum aus. Neben der sozialen Infrastruktur eröffnet die derzeitige Programmierung auch Möglichkeiten zur Förderung von Katastrophenschutz, Kooperationen sowie von Verkehrsinfrastruktur – aber auch hier

ist aufgrund der bisherigen Vorgaben eine mögliche Inanspruchnahme schwierig und vor allem „Verhandlungssache“. Auch in den Vorperioden wurde die ländliche Entwicklung in Hinblick auf Investitionen in Wirtschaft, Tourismus, Freizeit/ Naherholung, soziale Dienstleistungen, Energie und Umwelt unterstützt. Der Anteil der Gemeinden, die in den Genuss von ELER-Mitteln kamen, war jedoch sehr gering und betraf primär LEADER-Maßnahmen. Das unter LEADER bekannte Fördermodell unterliegt in der kommenden Förderperiode neuen Bestimmungen (cld – community-led local development). Die Abgrenzung des ländlichen Raumes ist derzeit noch in Erarbeitung – bisher gehörten dazu jedenfalls auch Städte im ländlichen Raum, die eine gewisse EinwohnerInnenzahl nicht überschreiten. Es ist davon auszugehen, dass diese Städte auch weiterhin grundsätzlich Anspruch auf ELER-Fördermittel haben.

- EFRE – Europäischer Fonds für Regionalentwicklung

Über diesen Fonds sollen Investitionen in Innovation und Wirtschaftsentwicklung vorangetrieben werden. Auch die Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist explizit vorgesehen. Wie bedeutsam diese neue Schwerpunktsetzung für die EK ist, zeigt auch die Aussage von EU-Kommissar Hahn, der die stärkere Förde-

rung der „städtischen Dimension“ vehement fordert, zuletzt auch im Rahmen des 1. Österreichischen Stadtratsstages Anfang Mai in Graz. Mindestens fünf Prozent der EFRE-Mittel müssen direkt an Projekte fließen, die nicht nur in Städten, sondern von und mit Städten abgewickelt werden und zu einer „integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung“ beitragen. Österreich ist in der Partnerschaftsvereinbarung dieser Vorgabe zwar grundsätzlich nachgekommen – jedoch sehen bisher nur drei Bundesländer explizit die Erfüllung dieser Vorgabe vor. Auch wenn es in Österreich in Zukunft höchstwahrscheinlich ein einziges Programm zur Abwicklung des EFRE geben wird, stehen dahinter dennoch die neun Einzelprogramme der Bundesländer. Diese sprechen nicht alle die gleichen Förderschwerpunkte an. Während also in Oberösterreich zum Beispiel die Stadt-Umland-Kooperation (Ziel 11) angesprochen wird, ist dies in Kärnten nach derzeitigen Informationen nicht vorgesehen, und es können daher keine entsprechenden Projekte eingereicht werden! Städte werden insbesondere in den Investitionsprioritäten zur Förderung einer CO₂-armen Wirtschaft (Ziel 4) erwähnt, z.B. durch die Förderung von Strategien zur Senkung des CO₂-Ausstoßes für städtische Gebiete, wie Maßnahmen im Rahmen der Smart-City-Konzepte, Förderung eines nachhaltigen Verkehrs oder Gebäudesanierungen. Mit EFRE-Mitteln kann die Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut (Ziel 9) unterstützt werden. Die „Unterstützung der physischen, wirtschaftlichen und sozialen Belebung benachteiligter städtischer und ländlicher Gemeinschaften“ kann Teil von integrierten Maßnahmenbündeln sein. Der Österreichische Städtebund rät seinen Mitgliedern daher, sowohl im Rahmen der Stellungnahme zur Partnerschaftsvereinbarung nachdrücklich darzustellen, welche Ziele für ihre Stadt Bedeutung haben, als auch direkt mit der programmverantwortlichen Stelle in ihrem Bundesland in Kontakt zu treten! Für Auskünfte zu AnsprechpartnerInnen und andere Fragen steht der Österreichische Städtebund gerne zur Verfügung: post@staedtebund.gv.at.

AUS DEM STÄDTEBUND

29. und 30. April 2013 in St. Pölten:
**Fachausschuss für Statistik
und Registeranwendungen**

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich der Fachausschuss mit den Themen Smart Cities, Indikatoren, Registerzählung 2011, Wohnsitzprüfung, ZPR sowie Testapplikation.

Wolfgang Schieder (Umweltbundesamt GmbH) berichtete vom durch den Klima- und Energiefonds (KLIEN) geförderten Projekt „Smart City Profiles“, an dem auch der Österreichische Städtebund mitgearbeitet hat. Ziel ist die Entwicklung von Indikatoren-Sets als Kommunikationsträger für die Stadtplanung. Problematisch sei vor allem die regelmäßige Datenverfügbarkeit. Gleichzeitig sollten die Indikatoren aber auch verständlich und für das jeweilige Thema relevant sein. Im konkreten Projekt wurden in den fünf Kategorien „Gebäude und Siedlungsstruktur“, „Verkehr und Mobilität“, „Technische Infrastruktur“, „Wirtschaft und Bevölkerung“ sowie „Politik, Verwaltung und Governance“ Indikatoren gebildet. In der durchgeführten Abfrage bei den teilnehmenden Städten zeigte sich neben der mangelnden Verfügbarkeit von Daten auch die Schwierigkeit von aussagekräftigen Abgrenzungen. Die Problematik der mangelnden Qualität der Erfassung des Altbestandes im GWR (Gebäude- und Wohnungsregister) wurde auch in diesem Projekt virulent.

**Registerzählung 2011
– Wohnsitzprüfung am Prüfstand**

Die Städte und Gemeinden waren mit einer erheblichen Zahl von Klärungsfällen konfrontiert. Das gewählte Verfahren (RSb-Anschreiben durch die Statistik Austria) im Rahmen der Registerzählung 2011 führte – wie auch schon bei der Proberegisterzählung – noch zu einer mehrmaligen Involvierung eines Teils der BürgerInnen und entsprach daher nicht dem eigentlichen Gedanken einer Registerzählung. Auch die Teilung der Klärungsfälle in mehrere Tranchen hatte sich als nicht praktikabel erwiesen, da bei einer Gesamt-

übermittlung der Klärungsvorgang besser gesteuert werden kann. Die Aufteilung der „Klärungsfälle“ in zwei Tranchen hatte einen unnötigen – aufgrund der durch die kürzere Zeit für die Erhebungen bei der zweiten Tranche noch zeitkritischeren – und mit Kosten verbundenen Zusatzaufwand bedeutet. Für viele betroffene BürgerInnen entstand zudem der Eindruck einer ineffizienten Organisation der Stadt Wien.

Folgende Empfehlungen werden vom Österreichischen Städtebund an die neue Bundesregierung heranzutragen sein:

- Keine „Wohnsitzanalyse“ mittels RSb-Recherche durch die Bundesanstalt Statistik Österreich. Ergebnisse der von den Gemeinden als Meldebehörden nach § 15 Meldegesetz 1991 durchgeführten Verfahren sollten maßgeblich sein.
- Eine Vereinbarung über die Kostentragung („Aufwandsentschädigung für die Gemeinden“) im Zuge der „Wohnsitz-evaluierung“ wäre durch eine entsprechende Formulierung im RZG festzulegen.
- Ein bundesweit abgestimmtes Verfahren im Zuge der Wohnsitz-Reklamationen nach statistisch-methodischen Verfahren wäre zweckdienlich und durch eine entsprechende Formulierung im RZG festzulegen.
- Beurkundungen von Personenstandsbehörden haben keinen bescheidmäßigen Charakter. Eine entsprechende Formulierung im RZG wäre vorzunehmen.

ZPR – Testapplikation

Norbert Kutscher (BMI) berichtete über den Status quo der Umstellung und gab Einblicke in die Testapplikation. Beim offiziellen Projektauftrag am 23.8.2011 war noch der Einsatztermin 1.4.2013 geplant,

der sich nicht halten ließ. Durch die Minimierung der Mitteilungen an Behörden (etwa 1,5 Mio. Postsendungen könnten entfallen) sollten erhebliche Kosten eingespart werden. Zudem ist im Lichte einer gesamtheitlichen Registerpolitik das ZPR als Lieferant des Personenkerns ein enorm wichtiger Bestandteil. Die Einbindung des ZSR ergibt sich durch die fast 90 prozentige Übereinstimmung der Daten. Aus Datenschutzgründen (zwei verschiedene Rechtsgrundlagen!) ist eine gewisse Trennung dennoch notwendig. Für die BürgerInnen sollen umfangreiche Urkundennachweise entfallen und der Zugang ortsunabhängig sein. Laut §17 (2) des E-Government-Gesetzes müssen andere Behörden auch im ZPR oder ZMR nachschauen und dürften gar keine Urkunden mehr verlangen.

Bei der Geburt ist das Prinzip des ortsungebundenen Zugangs (noch) nicht verwirklicht und es bleibt die Zuständigkeit des Ereignis-Standesamtes bestehen. Auch die Standesämter am Standort von Gerichten werden in diesen Fällen (Scheidung, etc.) besonders belastet. Die bestehenden ca. 20 Mio. Datensätze sollen über eigene Schnittstellen übertragen werden. Die Überprüfung und Ergänzung der Daten wird im Anlassfall durchgeführt. Trotz dieser doch bestehenden Mehrbelastung gibt es etwa von Seiten des BMF keinerlei Entgegenkommen im Bereich der Gebühren.

Die Bestrebung des BMF zur Integration der Anmeldung der Familienbeihilfe in den Standesämtern wird von der Bundesanstalt Statistik Österreich (BSÖ) abgelehnt und liegt auch nicht im vorrangigen Interesse des BMI.

Oliver Puchner,
Österreichischer Städtebund

FINANZEN

Ertragsanteilsvorschüsse für Juni 2013 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)				
	Ertrag für 06/2013 ¹⁾	Veränderung ggü. 06/2012	Ertrag für 01–06/2013	Veränderung ggü. 01–06/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	4.267.660	2,0%	34.276.444	4,8%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-327.935		570.423	-31,2%
Lohnsteuer	2.053.815	14,0%	12.436.760	11,6%
Körperschaftsteuer	-136.661		2.319.982	6,0%
Umsatzsteuer	1.782.732	-0,7%	12.507.125	4,0%
Mineralölsteuer	313.758	-9,1%	2.050.472	-1,3%
GBA mit speziellen Schlüsseln	140.161	-1,7%	895.312	-2,0%
davon:				
Bodenwertabgabe	11	-76,9%	2.447	-10,6%
Werbeabgabe	7.258	-4,4%	57.141	-0,9%
Grunderwerbsteuer	53.161	-18,8%	382.555	-9,7%
GBA gesamt	4.407.822	1,9%	35.171.756	4,6%

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 06/2013	Veränderung ggü. 06/2012	Vorschuss für 01–06/2013	Veränderung ggü. 01–06/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	13.175	-0,4%	106.508	3,8%
Kärnten	32.024	-1,7%	259.892	3,6%
Niederösterreich	83.165	0,4%	673.416	3,8%
Oberösterreich	80.195	0,3%	645.920	2,9%
Salzburg	35.471	1,2%	283.769	4,0%
Steiermark	63.859	-3,2%	522.165	3,1%
Tirol	46.264	3,0%	360.506	3,5%
Vorarlberg	23.249	-2,9%	190.194	2,9%
Wien	133.438	-1,3%	1.077.797	2,9%
Summe	510.840	-0,5%	4.120.165	3,3%



Wir verbinden Städte in einem Magazin.

Der Österreichische Städtebund verbindet rund 250 Städte und Gemeinden. Er gibt 10 Mal jährlich die Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ) heraus. Schwerpunkte sind aktuelle kommunalpolitische Themen. Das Einzelheft kostet 4,50 Euro, das Jahresabo 42 Euro. Abo-Anfragen an Frau Angelika Stola, Bohmann-Verlag, 1110 Wien, Leberstraße 122, Tel.: (01) 740 32/462, E-Mail: a.stola@bohmann.at

Jetzt Abo bestellen!



Ertragsanteilszuschüsse für Juli 2013 (Beträge in 1.000 EURO ohne Zwischenabrechnung)

a) Berechnungsbasis für die Zuschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 07/2013 ¹⁾	Veränderung ggü. 07/2012	Ertrag für 01–07/2013	Veränderung ggü. 01–07/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	7.382.705	2,3%	41.659.149	4,4%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	763.312	8,9%	1.333.735	-12,9%
Lohnsteuer	2.061.982	9,7%	14.498.742	11,3%
Körperschaftsteuer	1.136.346	3,8%	3.456.327	5,3%
Umsatzsteuer	2.157.019	-1,9%	14.664.144	3,1%
Mineralölsteuer	348.983	0,2%	2.399.455	-1,1%
GBA mit speziellen Schlüsseln	141.342	-16,9%	1.036.653	-4,3%
davon:				
Bodenwertabgabe	1.605	1,0%	4.052	-6,4%
Werbeabgabe	10.298	8,9%	67.439	0,5%
Grunderwerbsteuer	55.964	-36,5%	438.519	-14,3%
GBA gesamt	7.524.047	1,8%	42.695.802	4,1%

1) i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats.

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 07/2013	Veränderung ggü. 07/2012	Vorschuss für 01–07/2013	Veränderung ggü. 01–07/2012
	in 1.000 EURO	in %	in 1.000 EURO	in %
Burgenland	22.478	0,4%	128.986	3,2%
Kärnten	54.306	-2,8%	314.197	2,4%
Niederösterreich	143.802	1,0%	817.218	3,3%
Oberösterreich	139.456	-0,5%	785.375	2,3%
Salzburg	59.141	-4,2%	342.909	2,5%
Steiermark	111.174	-2,0%	633.338	2,2%
Tirol	75.434	-1,6%	435.940	2,6%
Vorarlberg	40.934	-1,9%	231.127	2,0%
Wien	226.006	-1,5%	1.303.803	2,1%
Summe	872.730	-1,3%	4.992.895	3,3%

Liebe Leserin, lieber Leser! Ihre Meinung ist uns wichtig.

Wenn Sie Wünsche, Anregungen oder Beschwerden bezüglich der Österreichischen Gemeinde-Zeitung ÖGZ haben, richten Sie diese bitte an folgende Adresse: Österreichischer Städtebund, Rathaus, Stiege 5, Hochparterre, A-1082 Wien; Tel.: (01) 4000-89980; Fax: (01) 4000-99 89980; E-Mail: post@staedtebund.gv.at.



Wir verbinden Städte



Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

Wir schaffen Lebensqualität

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

www.staedtebund.gv.at

WERBUNG

DIE ECHTEN ÖSTERREICHER



€ 2.000,-*

**EINTAUSCHHILFE
+ 2 JAHRE GARANTIE
KOSTENLOS**



* Inkl. MwSt. Aktion gültig von 1.7. bis 30.11.2013 für alle GEOTRAC- und UNITRAC-Neufahrzeuge.
Beim Kauf eines ep-Modells gibt es € 2000,- ep-Umweltpreis zusätzlich.

Lindner

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4, 6250 Kundl/Tirol
www.lindner-traktoren.at